

Bedeutung und Herausforderungen des demographischen Wandels aus der Sicht regionaler Akteure und Akteurinnen

**Qualitative Betrachtung der Regionalen De-
mographiefähigkeit im Landkreis Osterholz**

**Studie im Rahmen des Projektes
„Regionale Demographiefähigkeit
im Landkreis Osterholz“
im Auftrage der ProArbeit des
Landkreises Osterholz**

Bremen, Dezember 2007

Inhalt

	Seite
1. Zielsetzung, Aufgabenstellung und Rahmenbedingungen	4
2. Methode und Vorgehensweise	5
2.1 Änderungen am vorgeschlagenen Untersuchungskonzept	7
2.2 Erweiterung des vorgeschlagenen Untersuchungskonzeptes	10
2.3 Zum Verständnis des Verhältnisses von Demographischem Wandel und Alterung der Gesellschaft	11
3. Allgemeine Aspekte der Wahrnehmung des Demographischen Wandels durch die befragten Akteure und Akteurinnen	12
3.1 Altersbilder, die die Wahrnehmung des Demographischen Wandels steuern	15
3.2 Das Thema der Alterung der Gesellschaft betrifft auch älter werdende Akteure und Akteurinnen in Verwaltung, Wirtschaft und Bürgergesellschaft – Anmerkungen zum Problem der persönlichen Betroffenheit	17
3.3 Möglichkeit von Konflikten zwischen Jüngeren und Älteren in den Gemeinden	19
4. Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, Ehrenamt und die Rolle der Gemeinden	20
5. Wohnen als zentrales Thema	24
6. Infrastruktur	31
6.1 Versorgung mit Waren und Dienstleistungen	31
6.2 Öffentliche Daseinsvorsorge	33
6.3 Öffentlicher Personennahverkehr	34

7.	Wirtschaft	37
7.1	Tourismus	38
7.2	Dienstleistung und Handel	40
7.3	Wirtschaftliche Aspekte des Wohnens	42
8.	Arbeitsmarkt	43
9.	Osterholz als Referenzregion	47
Anlage 1	Übersicht über die durchgeführten Interviews	48
Anlage 2	Gesprächsleitfaden (Basisversion)	49

Bedeutung und Herausforderungen des demographischen Wandels aus der Sicht regionaler Akteure und Akteurinnen

Qualitative Betrachtung der regionalen Demographiefähigkeit: Einstellungen und Problemsichten von Vertretern und Vertreterinnen der Gemeinden, der regionalen Wirtschaft und der Bürgergesellschaft des Landkreises Osterholz

1. Zielsetzung, Aufgabenstellung und Rahmenbedingungen

Die Studie zur qualitativen Betrachtung der Wahrnehmung des demographischen Wandels durch Akteure und Akteurinnen aus Gemeinden, der regionalen Wirtschaft und der Bürgergesellschaft des Landkreises Osterholz steht im Zusammenhang des von der Europäischen Union geförderten Projektes „Regionale Demographiefähigkeit“. Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung integrativer Projektvorschläge zur Bewältigung des demographischen Wandels sowie zur Unterstützung innovativer Initiativen, die das aktive Altern fördern und die Beschäftigungspotenziale älterer Arbeitskräfte steigern.

Dazu wurde im Landkreis Osterholz ein integrativer Ansatz entwickelt, der auf einem Verständnis aktiven Alterns und aktiven Lebens im Alter basiert. Es soll aufgezeigt werden, welche Entwicklungen erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen. Auf dieser Grundlage sollen unterschiedliche Gestaltungspotenziale thematisiert werden. Altern und das Älterwerden der Gesellschaft werden dabei weniger als Problem verstanden, das zu bewältigen ist, sondern vielmehr als neue, historisch ungewohnte Chance der Gestaltung des individuellen wie des gesellschaftlichen Lebens auch auf der regionalen Ebene. Neben der Berücksichtigung veränderter Ansprüche und Möglichkeiten sowie Lebens- und Konsumgewohnheiten soll vor allem der Nutzung der Potentiale älterer Menschen im Arbeitsleben besondere Bedeutung zugemessen werden. Dabei bilden der Aspekt der Sicherung der Arbeitskräftepotentiale und damit der Zukunftsfähigkeit der Unternehmen und die langfristigen Beschäftigungsperspektiven der Menschen einen untrennbaren Zusammenhang.

Die damit verbundenen Fragen berühren nahezu alle Politikbereiche: regionale Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Wohnungsbaupolitik sowie Sozialpolitik einschließlich der Gesundheitspolitik und der Familienpolitik. Für eine vorausschauende politische Gestaltung sind daher sowohl verlässliche Daten über Formen und Auswirkungen des demographischen Wandels als auch ein Aufschluss darüber erforderlich, welche Einstellun-

gen und Problemsichten zum demographischen Wandel bei Akteuren und Akteurinnen (Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen sowie Entscheidungen vorbereitende Personen) aus Verwaltung, regionaler Wirtschaft und den Sozialpartnern sowie der Bürgergesellschaft vorhanden sind. Die leitende Fragestellung lautet: Wie kann regionale Demographiefähigkeit hergestellt werden. Darunter wird die Aufgabe verstanden, den Landkreis sowie die Kreisstadt und die Gemeinden in die Lage zu versetzen, den demographischen Wandel nicht bloß passiv zu erleiden, sondern aktiv zu gestalten. Dazu werden tragfähige Informationen darüber benötigt, welche Handlungsmöglichkeiten und Handlungsnotwendigkeiten die Akteure und Akteurinnen der genannten Einrichtungen sehen und zu welchen Aktionen im Interesse der Sicherung der regionalen Demographiefähigkeit sie sich in der Lage sehen.

Vor diesem Hintergrund ist die Untersuchung zur Regionalen Demographiefähigkeit in drei Lose aufgeteilt worden. Die Lose 1 und 2 hatten quantitative Aufgabenstellungen und erarbeiteten Eckdaten zur regionalspezifischen Bevölkerungsentwicklung sowie zum Wohn- und Infrastrukturanangebot. Im Los 3 sollte demgegenüber eine qualitative Betrachtung der regionalen Demographiefähigkeit unter fünf spezifischen Fragestellungen unternommen werden:

- Qualitative Betrachtung des Wohnangebotes – Nachfrage und Angebote
- Kauf- und Konsumverhalten der Zielgruppe 50 plus
- Demographiefähigkeit der regionalen Wirtschaft
- Demographischer Wandel im Bewusstsein der Bevölkerung
- Demographiefähigkeit der Gemeinden und des Kreises

Zusätzlich sollten auf dieser Basis unter Einschluss der Ergebnisse aus den beiden quantitativ ausgerichteten Teilstudie konkrete Handlungsvorschläge zur Sicherung der Demographiefähigkeit des Landkreises erarbeitet werden.

Mit der Durchführung der qualitativen Studie zum Los 3 ist die Hochschule Bremen auf der Basis eines von ihr eingereichten Projektvorschlages beauftragt worden. Verantwortlicher Projektleiter war Prof. Dr. Gerhard Syben.

2. Methode und Vorgehensweise

Die Studie zum Los 3 ist gemäß der Ausschreibung und dem Projektvorschlag der Hochschule Bremen auf der Methode der qualitativen Befragung aufgebaut worden. Erhoben werden sollten die Sachdarstellung des Demographischen Wandels und der Alterung der Gesellschaft aus der Sicht regionaler Akteure und Akteurinnen aus Verwaltung, Wirtschaft

und Bürgergesellschaft sowie ihre Einstellung zur Bedeutung dieses Prozesses, den damit verbundenen Herausforderungen und den erforderlichen Bewältigungsstrategien.

Der Auftrag zur Durchführung der Teilstudie war am 8. August 2007 vergeben worden, die empirischen Erhebungen fanden zwischen dem 18. August und dem 22. November 2007 statt. Eine Zwischenpräsentation war am 1. November 2007 erfolgt.

Angesichts der Kürze der für die Bearbeitung der Studie vorgesehenen Zeit und der begrenzten finanziellen Mittel konnte eine repräsentative Untersuchung nicht durchgeführt werden. Es war daher eine Kombination aus explorativen Interviews und einem an der Methode der Fallstudie orientierten Untersuchungskonzept vorgeschlagen worden.

Als explorativ werden Interviews dann bezeichnet, wenn mit ihrer Hilfe nicht nur Informationen zu festgelegten Themenbereichen erhoben, sondern wenn mithilfe des Interviews zunächst noch Relevanz, Reichweite und Details der Themen selbst ausgelotet werden sollen, zu denen man im gleichen Zuge bereits Informationen ermittelt. Ein solches Verfahren, das auf wenig strukturierten Leitfäden basiert und eine hohe Interviewerkompetenz voraussetzt, ist immer dann sinnvoll (wenn nicht unumgänglich), wenn sich Untersuchungen auf bisher wenig aufgeklärte Fragestellungen richten. In solchen Fällen sind sie aber gewöhnlich vor allem dann hoch effektiv und informationshaltig, wenn sich die Auswahl der Befragten auf besonders ausgewiesene Experten und Expertinnen im Feld richtet.

Das an der Methode der Fallstudie orientierte Untersuchungskonzept sah vor, Vertreter und Vertreterinnen der Gebietskörperschaften (Landkreis, Kreisstadt und Gemeinden) sowie der regionalen Wirtschaft, der sogenannten Bürgergesellschaft (also gesellschaftliche Einrichtungen, die das Leben auf der gemeindlichen Ebene oder der Ebene des Landkreises mitgestalten), und der Seniorenbeiräte in die Erhebung einzubeziehen. Dabei sollten, weil dies den zeitlichen und finanziellen Rahmen des Projektes gesprengt hätte, nicht alle Einrichtungen aus allen Gebietskörperschaften befragt werden. Vielmehr sollte eine Auswahl „auf Lücke“ stattfinden. Dadurch sollten zwar alle Einrichtungen und alle Gebietskörperschaften berücksichtigt werden, nicht aber jede Einrichtung aus jeder Gebietskörperschaft. Auf dieser Basis war eine Gesamtzahl von 25 Leitfadeninterviews vorgesehen (je eines in Landkreis, Kreisstadt und Gemeinden sowie 17 mit Vertretern und Vertreterinnen der genannten Einrichtungen).

Bestandteil des vom Auftraggeber akzeptierten Projektvorschlags war ferner, dass die Hochschule Bremen nur einen Teil der Interviews selbst führen sollte. Die übrigen Interviews sollten durch das von der Hochschule Bremen beauftragte PIW Progressinstitut für Wirtschaftsforschung, Bremen und Teltow, durchgeführt werden. Das PIW Progressinstitut für Wirtschaftsforschung ist ein auf dem Gebiet der Empirischen Sozialforschung methodisch sowie

auch im Bezug auf Fragen des Demographischen Wandels inhaltlich-fachlich einschlägig ausgewiesenes Institut, zu dem seitens der Hochschule Bremen langjährige gute Forschungskontakte bestehen.

Die Grundzüge dieses Konzeptes (qualitative Befragung, einbezogener Personenkreis, Strukturierung der Erhebung, Zusammenarbeit mit dem PIW) sind, wie von der Hochschule Bremen vorgeschlagen, realisiert worden.

Daneben gab es allerdings auch substantielle Änderungen am Untersuchungskonzept.

2.1 Änderungen am Untersuchungskonzept

Nach Auftragserteilung wurde das von der Hochschule Bremen vorgeschlagene Untersuchungskonzept in einem der Projektdurchführung vorausgehenden Gespräch mit dem Auftraggeber und der von ihm mit der Projektabwicklung beauftragten ProSystem erörtert. Als Ergebnis wurden auf Wunsch der ProSystem einvernehmlich Änderungen am Untersuchungskonzept vorgenommen. Weitere Änderungen ergaben sich aufgrund der Projektbegleitung durch den Lenkungsausschuss, der auf der Ebene der Spitzen von Landkreis, Kreisstadt und Gemeinden gebildet worden war.

(1) Die vorgesehene Befragung der Vertreter und Vertreterinnen der Bürgergesellschaft wurde zum Teil in die Gespräche mit den Gemeinden integriert, indem Vertreter der Seniorenbeiräte zu den Gesprächen mit den Vertretern und Vertreterinnen der Verwaltung dazugeladen wurden. Die im Projektkonzept vorgeschlagenen thematischen Interviews wurden als Querschnittsinterviews bezeichnet und zahlenmäßig, inhaltlich und im Bezug auf den eingeladenen Personenkreis erweitert.

Im Effekt wurden im Landkreis, in der Kreisstadt und in den Gemeinden je ein Gruppeninterview mit Vertreterinnen der Verwaltung durchgeführt, in der Kreisstadt sowie in fünf der sechs Gemeinden außerdem je eines mit Vertretern und Vertreterinnen der jeweiligen regionalen Wirtschaft.¹ Als Querschnittsfragen wurden neun Themen definiert, zu denen Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Einrichtungen und Bereiche nach inhaltlich-fachlichen Gesichtspunkten zu einer befragten Gruppe zusammengefasst wurden:

- Landwirtschaft,
- Bürgergesellschaft,
- Seniorenbeiräte,

- Wirtschaft und Tourismus,
- Handel,
- Handwerk und Bauwirtschaft,
- Gesundheit,
- Mobilität sowie
- Regionale Organisationen der Wirtschaft.

Da insbesondere die jeweilige regionale Wirtschaft bei der Mehrzahl der Interviews mit einer größeren Zahl von Vertretern und Vertreterinnen erschienen waren als erwartet und da zu den Querschnittsinterviews jeweils eine vergleichsweise große Zahl von Personen eingeladen worden war, lag die Summe der insgesamt durchgeführten Interviews zwar leicht unter der avisierten Zahl von 25, die Zahl der befragten Personen – trotz dem unter (2) angeführten Umstand, dass nicht immer alle eingeladenen Personen zu den Interviews erschienen waren – mit über 60 Personen deutlich über der Zahl von etwa 35 bis 40 Personen, die bei dem ursprünglichen Untersuchungskonzept zu erwarten gewesen wären.

Eine Übersicht über die Interviews ist als Anlage 1 beigefügt.

Die Gesprächsleitfäden wurden den Kontaktpersonen, mit denen die Interviews vereinbart worden waren, vorab zugesandt, so dass die Interviewten sich auf das Gespräch vorbereiten konnten. Dieses Verfahren verdient deshalb Erwähnung, weil gerade bei der Erhebung von Einstellungen mit der Möglichkeit einer Vorbereitung auch ein Verzerrungseffekt eintreten kann, der methodisch nicht zu kontrollieren ist. Es ist deshalb in der Empirischen Sozialforschung nicht unbedingt üblich.² In einigen Fällen war der Gesprächsleitfaden allerdings nicht an alle eingeladenen Personen weitergeleitet worden.

Der Basis-Gesprächsleitfaden, der für die verschiedenen Zielgruppen jeweils leicht modifiziert wurde, ist als Anlage 2 beigefügt.

(2) Um den Untersuchungsaufwand möglichst optimal zu nutzen, wurden entschieden, grundsätzlich die Methode des Gruppeninterviews zu verwenden (im ursprünglichen Projektkonzept war die Methode des Gruppeninterviews zwar auch vorgesehen, aber nicht als allei-

¹ In der Samtgemeinde Hambergen wurde aufgrund der schwachen Wirtschaftsstruktur keine Möglichkeit für ein Interview mit Vertretern der regionalen Wirtschaft gesehen.

² Das Argument, dass mit der Möglichkeit der Vorbereitung auch eine Qualifizierung und Anreicherung der Antworten und folglich der gesamten Datenerhebung erreicht wird, verweist auf die komplexe

nige Methode). Dadurch bestand die Möglichkeit, zu jedem der auf eine Gebietskörperschaft bezogenen Interview Personen mit unterschiedlichen fachlichen Zuständigkeiten und persönlichen Sichtweisen zusammenzufassen. Methodisch bedeutet dies einerseits, dass Meinungsäußerungen, die an dieser Stelle ja gleichsam Meinungen der jeweiligen Gebietskörperschaft darstellen sollen, eher vor individuellen Verzerrungen bewahrt bleiben können. Andererseits entsteht bei der Verwendung der Methode des Gruppeninterviews in der Regel eine Gesprächsdynamik, deren Einfluss auf die Ergebnisse methodisch nicht zu kontrollieren ist.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Auswertung von Gruppeninterviews aus naheliegenden Gründen einen erheblich höheren Aufwand erfordert, als die Auswertung von Einzelinterviews. Praktisch allerdings nahm, obwohl in allen Fällen Einladungen zu dem Interview an mehrere Personen ausgesprochen worden waren, in einigen Fällen nur jeweils eine Person an dem Interview teil.

(3) Eine weitere, entscheidende Veränderung betraf die Untersuchungsmethode. Die Interviews sollten nicht allein der Ermittlung qualitativer Daten zu Sachverhalten und (vorhandenen) Einstellungen und Meinungen der Befragten dienen. Vielmehr sollten die Befragten auch mit Gesprächsanreizen in der Form von Thesen zum Demographischen Wandel konfrontiert und dadurch zur Überprüfung und ggf. auch Revision ihrer Auffassungen veranlasst werden. Außerdem sollte die Kooperationsbereitschaft der Befragten im Hinblick auf die zu erarbeitende Strategie des Landkreises bei der Entwicklung einer regionalen Demographiefähigkeit ermittelt werden. Dabei wurden die Befragten dann allerdings weniger als Träger und Trägerinnen von Informationen in einem der Datenerhebung dienenden Interview denn als Partner und Partnerinnen in einem beginnenden politischen Aushandlungsprozess gesehen.

Ein solches Vorgehen ist unter methodologischen Gesichtspunkten insoweit vertretbar, als es unter die in der Empirischen Sozialforschung bekannte Methode der Aktionsforschung oder Handlungsforschung³ subsumiert werden kann. Es ist aber zu beachten, dass dabei explizit und gewollt der Zweck der wissenschaftlichen Datenerhebung regelmäßig hinter den Handlungsaspekt und das damit verbundene politische Ziel – in diesem Falle: der Fundie-

Beziehung zwischen Untersuchungsziel, Auswahl der Befragten sowie Gestaltung von Form und Instrumenten einer Untersuchung, die hier jedoch nicht weiter ausgebreitet werden kann und muss.

³ Reason, Peter; Bradbury, Hilary (eds.): Handbook of Action Research – participative inquiry and practice. London 2001; Moser Heinz: Grundlagen der Praxisforschung. Freiburg i. Brsg. 1995

rung und Sicherung von Kooperation bei der Erarbeitung der Landkreisstrategie zum Demographischen Wandel – zurücktritt.

(4) In der Folge war weiterhin im Unterschied zum ursprünglichen Untersuchungsdesign vereinbart worden, dass die ProSystem an allen Interviews teilnehmen und sich auch aktiv an der Gesprächsführung beteiligen sollte. Eine derartige Beteiligung des Auftraggebers an der praktischen Durchführung der Datenerhebung ist in der Empirischen Sozialforschung gemeinhin nicht üblich. Sie konnte in diesem Falle aber ausdrücklich durch den Übergang zu einer an dem Konzept der Handlungsforschung orientierten Methode gerechtfertigt werden. Es war nicht erkennbar, dass sich dieses Vorgehen negativ auf die Auskunftsbereitschaft der Interviewpartner ausgewirkt hätte.

Die ProSystem übernahm auch alle Kontakte zum Auftraggeber sowie – teilweise in der Umsetzung von Vorgaben des Landkreises und des Lenkungsausschusses im Landkreis – die Organisation der Interviews, d. h. die Vereinbarung der Interviewtermine; die Einladung der vorgesehenen Gesprächspartner wurde teilweise von der ProSystem, teilweise von den Gemeindeverwaltungen oder vom Landkreis direkt vorgenommen. Es muss kritisch angemerkt werden, dass die dadurch entstandene Kombination aus rigiden terminlichen Vorgaben, Einwegkommunikation und sehr langen Informationsketten in einigen Fällen zu Problemen bei der Abwicklung der Interviews geführt hat, die auch durch das sehr hohe Engagement der beteiligten Personen nicht immer abgefangen werden konnten. Dieser Umstand hat zwar den Untersuchungszweck letztlich nicht beeinträchtigt, aber doch zu Irritationen und zu vermeidbarem Aufwand geführt.

(5) Die im Untersuchungskonzept ursprünglich vorgesehene Analyse von Meinungsäußerungen von Vertretern und Vertreterinnen aus Politik und gesellschaftlichen Organisationen anhand einer Analyse der lokalen Presse wurde einvernehmlich fallengelassen, weil die Meinung bestand, dass diese Meinungen ausreichend durch die vorgesehene Breite der in die Gruppeninterviews einbezogenen Akteure und Akteurinnen erfasst werden konnten.

2.2 Erweiterungen des Untersuchungskonzeptes

Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Frage der Beschäftigung älterer Menschen für die Demographiefähigkeit des Landkreises sowie für die Fragestellung des übergreifenden EU-Projektes wurde eine im Projektvorschlag der Hochschule Bremen nicht enthaltene Kurz-Analyse von Daten aus der Beschäftigtenstatistik zur Altersgliederung der Beschäftigung im Landkreis Osterholz durchgeführt; die Daten waren von der Arbeitsagentur Bremen zur Verfügung gestellt worden.

2. 3 Zum Verständnis des Verhältnisses von Demographischem Wandel und Alterung der Gesellschaft

Es ist darauf hingewiesen worden, dass das Thema des Demographischen Wandels vielfach vorrangig oder gar ausschließlich synonym mit dem Thema der Alterung der Gesellschaft gleichgesetzt wird. Soweit darunter der Sachverhalt verstanden wird, dass der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung größer werden wird, ist dieses Verständnis richtig. Gleichwohl fasst es nur einen Teil der Situation. Tatsächlich wächst der Anteil der Älteren ja nicht allein deswegen, weil ihre absolute Zahl zunehmen wird. Er wächst auch so dramatisch, weil gleichzeitig die absolute Zahl der Jüngeren erheblich kleiner werden wird. Das darin liegende Problem wird oft nur indirekt (etwa bei der Rentenfinanzierung) diskutiert.

Es hat aber auch ganz andere Dimensionen. Als Beispiele seien genannt: die möglichen Auslastungsprobleme der sozialen Infrastruktur (Kindergärten, Spielkreise, Arztpraxen, Gesundheitsversorgung) genannt, über die im Landkreis diskutiert wird, die regionale Städteplanung, die sich die Frage stellt, wie in den nächsten Jahren der Raum beplant werden kann, damit er weiter wirtschaftlich ausgelastet bleibt, oder die Konsequenzen des Schwindens der klassischen Mehrgenerationenfamilie. Nicht zuletzt wurde auch die Frage angesprochen, wie sichergestellt werden kann, dass es weiterhin junge Generationen im erforderlichen – und, wenn möglich, wieder wachsenden – Umfang geben kann.

Realitätsgerecht wäre es also, die Folgen der kleiner werdenden Jahrgänge von Sechsjährigen, 15-Jährigen oder 25-Jährigen für die Inanspruchnahme der öffentlichen Infrastruktur insbesondere im Bildungsbereich, des Nachwuchses für Vereine oder den Arbeitsmarkt mit der gleichen Intensität zu diskutieren wie die Folgen der Zunahme von über 65-Jährigen oder 75-Jährigen für Konsumentenstruktur, Freizeitangebot und Fachkräftebedarf der Unternehmen.

In den meisten Gruppeninterviews, die dieser Darstellung zugrundeliegen, ist der Demographische Wandel jedoch weitaus intensiver unter dem Aspekt „künftig mehr Ältere“ als unter dem Aspekt „künftig weniger – oder zuwenig – Jüngere“ diskutiert worden.

Beispielsweise – und das reflektiert ja nicht nur die Struktur der Befragung, sondern vor allem auch die Diskussion in den Verwaltungen und den einschlägigen Wirtschaftssektoren – standen beim Thema „Wohnen“ die Frage der „Altengerechtigkeit“ oder der Wohnbedürfnisse der älteren Menschen eindeutig im Vordergrund. Die Frage dagegen, wie jungen Menschen das Leben mit Kindern so attraktiv gemacht werden kann, dass Familiengründungen und Mehrkinderfamilien wieder eine größere Chance haben, wird offensichtlich als

Thema der Familienpolitik, aber nicht der Baupolitik, der Wohnungspolitik oder aber des Angebots an Wohnungen und ihrer Finanzierung durch den Privatsektor angesehen.

Oder aber es wurde allein über „Altersbilder“ gesprochen. Zum Thema des demographischen Wandels gehören aber sicher und in gleicher Bedeutung die Bilder von Kindern, kindgerechten Wohn- und Lebensbedingungen, einer kindgerechten Bildungspolitik, berufstätigen alleinerziehenden Müttern (oder auch Vätern) oder aber von der Verbindung von Karriereorientierung und Elternschaft – um nur einige der einschlägigen Themen zu nennen – die die Behandlung von Kindern, Jugendlichen und Familien in dieser Gesellschaft repräsentieren.

Nicht, dass diese Aspekte überhaupt nicht zur Sprache gekommen wären. Es gab durchaus Hinweise darauf, dass auch diese Seite des Themas den befragten Akteuren und Akteurinnen bewusst ist. Dennoch stand sie eindeutig in der zweiten Reihe. Der Macht einer Deutung, die mit dem Demographischen Wandel in erster Linie die „Alterung der Gesellschaft“ und die „Bewältigung der damit verbundenen Probleme“ verbindet, konnten sich auch diese Studie und die folgende Darstellung ihrer Ergebnisse nicht entziehen.

3. Allgemeine Aspekte der Wahrnehmung des Demographischen Wandels durch die befragten Akteure und Akteurinnen

Der demographische Wandel und die Veränderung der Altersstruktur sind bei den Akteuren und Akteurinnen in Gemeinden, Unternehmen und Verbänden im Landkreis ausreichend bekannt und bewusst. Dies wurde in allen Gesprächen deutlich und kann als übergeordnetes Resultat festgehalten werden, auch wenn der Modus der Auswahl der Befragten dazu beigetragen haben mag, dass auf die Einladung zu einem Interview zum Thema des Demographischen Wandels eher solche Personen positiv reagiert haben, die bereits einen Zugang zu diesem Thema gefunden haben.

Zu diesem Stand der Einstellungen haben nach Einschätzung der Befragten sowohl die allgemeine öffentliche Debatte als auch die regelmäßige Veröffentlichung von Daten über die Bevölkerungsentwicklung auf der Ebene von Landkreisen und Gemeinden durch das Niedersächsische Statistische Landesamt⁴ beigetragen. Allerdings wurde auch festgestellt, dass die Diskussion vielfach nur auf einer allgemeinen Ebene stattfindet, etwa bei den Themen Rente oder Migration. Die als Konsequenz der Arbeitsmarktsituation notwendige Änderung der Einstellung zur Zuwanderung aber müsse sich konkret in den Gemeinden vollziehen und

⁴ Vgl. die ausgezeichnete Datenbank unter www.nls-online.de

finde auch da ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen. Da gibt es nach der Einschätzung der Befragten noch eine Lücke zwischen allgemeiner Diskussion und konkretem Erleben und Handeln. Oder am Beispiel Pflege: Es wurde die Auffassung vertreten, das Pflegesystem sei bereits zusammengebrochen und die Pflege sei nicht mehr zu finanzieren, aber die zu Pflegenden oder auch die Angehörigen würden nicht verstehen, weshalb Pflege so teuer ist und weshalb sie bei gegebenem Finanzierungsniveau nicht alle gewünschten Leistungen erbringen könnte – und das zeige sich eben auf der örtlichen Ebene und müsse auch hier bearbeitet werden.

In einigen Gemeinden sind allerdings auch schon vor einigen Jahren bereits konkrete Diskussionen begonnen und sogar Gutachten erstellt worden. Bereits der ehemalige Worpsweder Bürgermeister Wellbrock wurde mit der Aussage zitiert, dass das Durchschnittsalter bald 60 sein werde und das zeige sich auch bereits seit längerem, da Worpswede als überaltert gilt.

Wo in den Gemeinden bisher schon konkrete Themen behandelt wurden, handelte es sich hauptsächlich um: Entwicklung der Altersstruktur, Bauleitplanung und Baupolitik. Auch von den Fraktionen in einigen Gemeinderäten sind die damit zusammenhängenden Komplexe wie Entwicklung von Kindergarten und Grundschule, Siedlungsstruktur, Ausweisung von Bauland, Energieversorgung oder ÖPNV bereits aufgegriffen worden. Allerdings wurden diese Sachverhalte nach Auffassung der Befragten nie wirklich in der Breite beleuchtet. Es ist aber in den Verwaltungen bewusst, dass das jetzt passieren muss, weil heute Entscheidungen zu treffen sind, die sich auf eine Zeit auswirken, in der der Demographische Wandel dann wirksam geworden sein wird.

In einigen Interviews wurde allerdings auch die Befürchtung geäußert, man sei zwar für das Thema sensibilisiert, aber das durch die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung vermittelte Bild sei so erschreckend, dass man auf diese zu erwartende Realität denn doch nicht vorbereitet sei. Dabei steht in der Wahrnehmung des Demographischen Wandels der Zuwachs an älterer Bevölkerung deutlich im Vordergrund gegenüber den kleiner werdenden Zahlen der jüngeren Bevölkerung. So wurde darauf hingewiesen, dass es z. B. überfällig sei, in die bestehenden Bebauungspläne altengerechtes Wohnen aufzunehmen. Man wisse das seit längerem, habe es aber bisher eben immer noch nicht umgesetzt.

Andererseits ist es genauso überfällig, den in zehn oder fünfzehn Jahren bestehenden Bedarf an Kindergärten und Schulen bereits jetzt zu ermitteln. Dieses Thema wurde jedoch nicht als eines benannt, das überfällig sei und dringend behandelt werden müsse.

Auf die allgemeine Frage, ob eine Alterung der Gesellschaft Problem oder Chance sei, wurden beide Perspektiven als zutreffend bezeichnet; bei der Frage nach konkreten Handlungsfeldern werden dagegen überwiegend die Probleme gesehen. Während ein Problembewusstsein und langfristige Konzepte oder wenigstens Ansätze dazu oder Bestandteile davon durchaus in den Köpfen vorhanden sind, scheint der Arbeitsalltag von der Bewältigung kurzfristiger Probleme geprägt zu sein. Allerdings ist den befragten Akteurinnen und Akteuren bewusst, dass eine Denkweise, die nur die Probleme sieht, nicht bei der Notwendigkeit hilft, eine Perspektive zu entwickeln und Chancen zu finden. Auch wurde darauf hingewiesen, wie wichtig der Eindruck ist, den die Öffentliche Meinung vermittelt. Gefordert wurde, Mut zu vermitteln. Hier wird den Meinungsführern eine hohe Verantwortung zugemessen.

Zu den Gesprächsanreizen gehörte auch die Frage, ob die älter werdende Gesellschaft nicht vielleicht sogar einzigartige Chance und eine zentrale Voraussetzung für Wohlstand, Lebensqualität und Innovation sei. Diese These wurde als pauschale Aussage unterschiedlich bewertet, es fehlten aber wirklich konkrete Aussagen dazu, so dass sie im Verlaufe der Studie nicht wirklich fundiert behandelt werden konnte.

Empfehlung:

Die Akteure und Akteurinnen im Landkreis Osterholz scheinen auf allen Ebenen und in allen Bereichen ausreichend für das Thema des Demographischen Wandels sensibilisiert zu sein.

- Es ist erforderlich, diese generelle Aufmerksamkeit durch konkrete Informationen zum Demographischen Wandel, seinen Erscheinungsformen und Folgen, zu fundieren, durch ein entsprechendes Angebot zu vertiefender Diskussion zu qualifizieren und zu festigen. Die Entwicklung eines solchen Angebots, etwa in der Form von Mitarbeitergesprächen, offenen Diskussionsrunden, öffentlichen oder halb-öffentlichen Veranstaltungen oder auch im Kursangebot von Bildungsträgern sollte angeregt, in Angriff genommen oder gefördert werden.
- Die Akteure und Akteurinnen vor allem in den Verwaltungen, aber auch in der Wirtschaft und in der Bürgergesellschaft sind offensichtlich bereit, von der Phase der allgemeinen Diskussion in die Phase der konkreten Analyse und/oder auch bereits in die Phase der Konzeptentwicklung einzutreten. Hierfür sollten konkrete Anreize gesetzt, Aufgaben formuliert und die dafür erforderlichen zeitlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

- Der Landkreis sollte gemeinsam mit der Kreisstadt und den Gemeinden sowie mit den Vertretern der regionalen Wirtschaft und der Bürgergesellschaft einschließlich den Seniorenbeiräten eine konkrete Leitlinie entwickeln, die das politische Ziel beschreibt. Diese Leitlinie sollte unter ein griffiges, allgemein verständliches und für die Dauer eines Jahrzehnts absehbar brauchbares Motto gestellt werden. Konzeptionell sollte die Leitlinie zukunfts offen konstruiert, d. h. so formuliert werden, dass sie neuen Entwicklungen und Erfahrungen angepasst und schrittweise weiterentwickelt werden kann; dazu können auch weitere Analyseschritte sinnvoll sein. Dabei sollten auch Erfahrungen und gute Beispiele hinzugezogen werden, die an anderer Stelle gewonnen und erarbeitet worden sind.

3.1 Altersbilder, die die Wahrnehmung des Demographischen Wandels steuern

Die vorgefundenen Altersbilder sind differenziert. Unübertroffen ist die Antwort auf die Frage, wer die älteren Menschen sind: „Immer die, die älter sind, als ich.“ Darin drückt sich auch aus, dass die Befragten sehen, dass in der Bevölkerung zwar der biologische Sachverhalt des Alterns als unabänderlich (hin)genommen wird, die individuelle und soziale Bewertung des Alters sich jedoch verschoben hat. Eine Jahreszahl allein sagt nur noch wenig über den Tatbestand „Alter“ aus. In diesem Zusammenhang wurde allerdings darauf hingewiesen, dass auch die landkreiseigene ProArbeit immer nur jüngere Bewerber zur Einstellung vorschlägt; nach der Erfahrung eines Gesprächsteilnehmers war der Älteste 27 Jahre alt. Ein anderer Hinweis bezog sich darauf, dass bestimmte berufliche Situationen – z. B. in Bereichen wie Gesundheit oder Pflege – deswegen zu einer verzerrten Wahrnehmung führen, weil diese durch ihren Aufgabenbereich zwangsläufig nur mit denjenigen Älteren zu tun haben, die gleichzeitig hilfebedürftig sind. Hier sei die aufmerksame Beobachtung der Gesellschaft außerhalb des eigenen beruflichen Bereichs erforderlich, um ein zutreffendes Bild der Umstände des Alterns zu gewinnen.

Es ist aber nach den Ergebnissen der Gruppeninterviews inzwischen offensichtlich gängige Auffassung, dass das biologische und das soziale Alter zunehmend weniger deckungsgleich sind. „Vergreisung“ wurde von einer Gesprächsteilnehmerin als „ein gruseliges Wort“ bezeichnet, auch, weil die früher zutreffende Gleichsetzung von „alt“ und dem fehlenden vor allem körperlichen, aber auch geistigen Vermögen heute schlichtweg unzutreffend geworden sei. Das soziale Alter sei in hohem und zunehmendem Maße von der individuellen Geschichte und Situation sowie von deren Wahrnehmung abhängig geworden. Merkmale sind: Wachheit, Interesse an Umwelt und anderen Menschen, Beweglichkeit im Kopf, Offenheit für

Neues, Wille, die Außenwelt wahrzunehmen, geistige Mobilität. Faktoren wie Gesundheit, Bildung, Verfügung über Ressourcen und Mobilität führten dazu, dass die Lebenssituation von Menschen mit einem gleichen kalendarischen Alter sehr differenziert geworden ist. Vor allem der Bildungsstand und die Einkommens- und Vermögenssituation werden in als Einflussfaktoren angesehen.

Dabei besteht weitgehend das Bewusstsein davon, dass man die positive Situation des besser situierten Teils der Bevölkerung nicht verallgemeinern dürfe. Die häufig in den Mittelpunkt gestellte Gruppe der „jungen Alten“ oder der „aktiven Alten“ bestehe in Wirklichkeit aus den älter gewordenen Angehörigen des gut verdienenden Bildungsbürgertums. Diese verfügen in der Tat über die Ressourcen, die es möglich machen, dass dem Alter früher zwangsläufig zugeschriebene Eigenschaften wie gesundheitlicher Verfall, Einsamkeit, Immobilität oder Armut auf sie nicht oder erst sehr viel später zutreffen. Und auch wenn die körperliche Mobilität vielleicht eingeschränkt sei, könne dies durch geistige Mobilität teilweise wettgemacht werden.

Die Spaltung der Gesellschaft wird sich nach weitgehend übereinstimmender Auffassung der Befragten an der Linie der Verfügung über Bildung und Einkommen unter den Alten in der Zukunft eher noch verstärken. Soziale Randgruppen haben es daher nicht nur in der Erwerbsphase schwer, sondern vor allem auch im Alter.

Zu bedenken ist ferner, dass durch die längere Lebensdauer die Zahl der gleichzeitig lebenden Generationen und damit die Differenziertheit der gleichzeitig vorhandenen Lebenssituationen zunehmen. Unbekannt hingegen ist, wie die heute 35- bis 50-Jährigen sich verhalten werden, wenn sie über 65 oder über 75 Jahre alt sein werden – von einer Konstanz der Verhaltensweisen kann jedenfalls nicht umstandslos ausgegangen werden.

Empfehlung:

- Politik für eine alternde Gesellschaft muss sich – sofern sie es noch nicht getan hat – von einem biologisch geprägten Altersbild und einem Denken in Jahreszahlen lösen und die Vielfalt der tatsächlichen Altersbilder in ihre Konzepte aufnehmen.
- Konzepte, Lösungen und Angebote können daher nicht universell gestaltet werden, sondern müssen die verschiedenen Lebenslagen berücksichtigen.
- Politik und Verwaltungshandeln müssen ferner differenziert, flexibel und mit wachem Sinn die laufenden Veränderungen der Lebenslagen der Menschen beobachten. Konzepte dürfen nicht als ein für allemal abgeschlossen betrachtet werden, sondern

müssen anpassungsfähig sein und mit der Situation mitwachsen können. Dies geht nur, wenn sich Politik und Verwaltung in einem intensiven Kommunikationsprozess mit den Menschen befinden.

3.2 Das Thema der Alterung der Gesellschaft betrifft auch älter werdende Akteure und Akteurinnen in Verwaltung, Wirtschaft und Bürgergesellschaft – Anmerkungen zum Problem der persönlichen Betroffenheit

Die älter werdende Gesellschaft ist kein abstraktes Thema. Viele Entscheidungsträger oder Entscheidungsvorbereiter sind sich darüber im Klaren, dass eine Diskussion über Alter und Altern sie selbst auch persönlich betrifft – jetzt oder später. Fast in allen Gruppeninterviews kam in Diskussionsbeiträgen diese persönliche Betroffenheit zum Ausdruck.

So wurde etwa über Erfahrungen im Umgang mit den eigenen Eltern, über persönliche Pläne für das Wohnen im Alter oder die Vorbereitung darauf berichtet. Oder es kamen die eigene vermutete Situation im Alter und die Befürchtungen angesichts der Wahrnehmung des gegenwärtig verbreiteten Umgangs mit alten Menschen zur Sprache. An anderer Stelle wurde aus der Feststellung der eigenen Verfügung über die Ressourcen Bildung und Einkommen eine positive und gelassene Sicht auf das eigene Alter entwickelt; nicht ohne die Erwartung allerdings, dass für die Kinder die Situation weit weniger positiv zu interpretieren sei, weil diese in eine Situation hineinwachsen würden, in denen sie die finanziellen Lasten der guten Situation der jetzt aktiven Generation zu tragen haben und gleichzeitig mit der Aussicht konfrontiert sein werden, dass sie selbst ein biologisches Alter erreichen werden, in dem die Wahrscheinlichkeit von Pflegebedürftigkeit zunehmen werde.

Diese persönliche Betroffenheit von Akteuren und Akteurinnen ist unumgänglich. Sie ist bei ehrenamtlichem Engagement geradezu konstitutiv und sie ist für viele Akteure und Akteurinnen im Sektor der privaten Wirtschaft zumindest nicht ungewöhnlich. Für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung dagegen verlangt diese Situation eine etwas sorgfältigere Betrachtung. Die Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes oder einer Funktion im Öffentlichen Dienst verpflichtet auf das Gemeinwohl und auf einen Ausgleich zwischen den Interessen aller Bürger und Bürgerinnen, so auch aller Altersgruppen. Damit aber ist zugleich in besonderem Maße die Pflicht zum Absehen von eigenen Interessen verbunden. Selbst wenn daraus nicht gleich das Zerrbild des *organisational man*⁵ gezeichnet wird, so wird doch zu Recht

⁵ Darunter wird ein aus der älteren US-amerikanischen Organisationssoziologie stammendes Konzept verstanden, mit dem menschliches Handeln in Organisation allein aus den Zielen, Regeln, Normen und Werten der Organisation erklärt werden sollte, während menschliche Bedürfnisse und soziale Beziehungen als Handlungsmotive völlig ausgeschaltet werden sollen.

von öffentlich Bediensteten gefordert, dass sie ihr berufliches Handeln nicht von persönlichen Betroffenheiten und individuellen Befindlichkeiten abhängig machen.

Darunter ist allerdings nie verstanden worden, dass öffentlich Bedienstete ein Engagement für das Politikfeld verwehrt werden sollte, in dem sie tätig sind und ein Mitgefühl für die Menschen, deren Angelegenheiten sie verwalten. Nicht nur in Ressorts wie Bildung, Jugend oder Soziales, sondern ganz generell wäre öffentliche Verwaltung handlungsunfähig, wenn die Bediensteten vergessen würden, dass ihr berufliches Handeln sich auf die Lebenssituation konkreter Menschen bezieht oder auswirkt. Und selbstverständlich gewinnen sie einen Teil ihres Engagements und sogar auch ihrer Kompetenz aus der persönlichen Anschauung und ihrem individuellen Schicksal.

Das Thema Altern stellt in diesem Zusammenhang freilich insofern einen Sonderfall dar, weil Menschen – vielleicht aus der Erfahrung, wie die Gesellschaft mit Altern und Alten umgeht – dazu neigen, es zu verdrängen. Um deutlich zu machen, worum es hierbei geht: Vermutlich muss niemand, der oder die im Sozialamt arbeitet, fürchten, selbst arm zu werden. Nur auf der Basis der Freiheit von dieser Furcht aber kann die Fähigkeit entwickelt werden, mit der Klientel des Sozialamtes vorurteilsfrei umzugehen und deren Ansprüche mit den Ansprüchen des Gemeinwohls zu vermitteln. Beim Altern aber könnten – gerade aus der Furcht, selbst zum Gegenstand von Altenpolitik und Altenfürsorge werden zu können – unbewusst Ablehnung und Abwertung der besonderen Situation alter Menschen und deren Ansprüche entstehen – oder aber deren zwanghafte Überbewertung und Übererfüllung. Der Hinweis auf die persönliche Betroffenheit hat also allein die Funktion, dem Entstehen eines solchen Verdrängungszusammenhangs vorzubeugen. Nur wenn sich auch die Akteure und Akteurinnen in der öffentlichen Verwaltung bewusst machen, dass sie über sich selbst reden, wenn sie über älter werdende Menschen reden, können sie ihre berufliche Aufgabe angstfrei, unparteiisch und engagiert im Sinne der Einzelnen wie des Gemeinwohls erfüllen.

Empfehlung:

Eine Empfehlung für die Bearbeitung von potentiellen Verdrängungszusammenhängen abzugeben liegt außerhalb der fachlichen Kompetenz der Bearbeiter dieser Studie.

Unterhalb dieser Ebene kann, um den Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung eine Beschäftigung mit dem Thema Altern und Alter zu ermöglichen, auf den Begriff der Empathie zurückgegriffen werden. Darunter wird die Fähigkeit zum menschlichen Mitfühlen der Situation eines anderen, die man selbst nicht erlebt, verstanden. Daraus lässt sich zunächst abstrakt der Vorschlag ableiten, Empathie als Ressource für gute Politik zu begreifen, um eine

Synthese aus Orientierung am Gemeinwohl und Wahrnehmung von Problemen aus individueller Betroffenheit zu finden. Konkret könnte sich daran die Überlegung anschließen, Formen, Begleitumstände und Konsequenzen von Altern und Alter zum Thema von Mitarbeitergesprächen zu machen, die sich der Form des Qualitätszirkels bedienen, also regelmäßige thematisch zentrierte Diskussionsrunden, in denen alle Probleme, die behandelt werden sollen, zur Sprache kommen können.

3.3 Möglichkeit von Konflikten zwischen Jüngeren und Ältern in den Gemeinden

Die Möglichkeit von Konflikten entlang der Trennlinie zwischen Älteren und Jüngeren wurde nur in wenigen Interviews angesprochen. Oft geht es dabei um das einfache Miteinander im Alltag und die gegenseitige Rücksichtnahme, etwa, wenn ältere Menschen einen Platz überqueren oder mit ihren Rollstühlen darüber fahren und die Jüngeren „mit ihren Fahrrädern dazwischen herumfuhrwerken“. Soweit die Verwendung von Haushaltsmitteln berührt ist, handelt es sich entsprechend der Struktur der Haushalte auf der kommunalen Ebene, schon weil das meiste Geld im Gemeindehaushalt durch Pflichtleistungen festgelegt ist, um vergleichsweise geringe Beträge, die allerdings für Sachverhalte stehen, die für die jeweils betroffenen Gruppen durchaus ihre Bedeutung haben.

So wurde als Beispiel genannt, dass es schon zur Frage kommen kann, legen wir noch einen Spazierweg an oder einen Bolzplatz. Ein anderes Feld sind die Zuschüsse für Vereine, für die Kultur etc. Dabei wird darauf gesetzt, dass die Vereine sind sicher klug genug sind, hier nicht Konflikte zu schüren.

Ein anderer Konfliktherd könnte in bestimmten Wohngebieten entstehen, die in den 1970er Jahren entstanden sind. In den meisten Familien sind die Kinder aus dem Haus und die verbliebenen, jetzt älteren Bewohner und Bewohnerinnen haben gelegentlich ein höheres Ruhebedürfnis, das durch Kinder und Jugendliche gestört wird. Das führt zu Beschwerden. Gleiches wird bei Festen im Ort beobachtet, deren Lärm gelegentlich durchaus den Rang einer lokalen Katastrophe erreichen kann. Allerdings besteht die Hoffnung, dass die Alten sich künftig mehr darüber freuen, wenn sie junge Menschen sehen.

Empfehlung:

- Es sollte erprobt werden, ob eine regelmäßige und systematische Vorab-Prüfung der Wirkung von Entscheidungen von Politik und Verwaltung auf die verschiedenen Altersgruppen sinnvoll ist; als Muster kann die Prüfung der Haushaltswirkungen oder der Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter im Beschlussverfahren dienen.

4. Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, Ehrenamt und die Rolle der Gemeinden

Nach übereinstimmender Beobachtung in der Kreisstadt und den Gemeinden hat die Bevölkerung ein großes Interesse an den Umständen und Folgen des demographischen Wandels und der Alterung der Gesellschaft; es besteht ein hohes Informationsbedürfnis. Sehr stark sind Angst vor erzwungener Mobilität angesichts einer schlecht ausgebauten Infrastruktur und der Verlust der Nähe von Angeboten von Bildung, Kultur und Versorgung vertreten. Die Fragen lauten: Was kommt auf mich zu ? Was kann ich tun ? Was wird für mich getan ? Und vor allem: wo will ich hin, wo will ich später wohnen ?

Zugleich werden die Menschen als interessiert, aber orientierungslos wahrgenommen. Gerade das zentrale Thema Wohnungswechsel löst zu viele heute unbeantwortbare Fragen aus. Da zugleich kein organisiertes, strukturiertes und allgemein bekanntes Informationsangebot existiert, treten Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit ein.

Es wird gesehen, dass sich daraus zwangsläufig die Frage ableitet, wie man den Service für die Bürger neu gestaltet. Als Lösungsansätze werden Netzwerke gesehen, die eingang gebracht und unterstützt werden müssen und, dies wird als Aufgabe von Politik und Verwaltung wahrgenommen. Es wird daraus die Forderung abgeleitet, dass Planung noch sorgfältiger fragen muss, wie Dinge künftig aussehen und nachhaltig gestaltet werden. Die Einbeziehung der Bürger muss intensiviert werden. Zugleich wird vermutet, dass die Gebietsreform und die interkommunale Zusammenarbeit wieder zum Thema werden können. Allerdings besteht Einmütigkeit darüber, dass bei weitem nicht alle Einrichtungen zentralisiert werden können, einiges wird sicher notwendig am Ort bleiben müssen.

Ferner wird davon ausgegangen, dass die Service-Struktur der Verwaltung sich ändern wird: mehr Information, mehr Unterstützung und Beratung für eigenes Engagement. Wichtig wird das Internet-Angebot werden. Kritisch wird angemerkt, dass von Verwaltung verlangt wird, dass sie alles kann und alles leistet und das sofort.

Diese Überlegungen und Diskussion laufen allerdings nach der Beurteilung der Befragten unterhalb der Ebene öffentlicher Wahrnehmung ab. Sie werden individuell angestellt und höchstens im kleinen Kreis von Familie, Nachbarschaft und Freunden diskutiert. Eine kollektive oder gesellschaftliche Diskussion über diesen Sachverhalt existiert offensichtlich nicht.

Auf die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen in den Gemeinden wird einhellig die überragende Bedeutung der Vereine und vergleichbarer Organisationen für die gesellschaft-

liche Struktur in den Gemeinden betont. Die Vereinsstruktur ist ausgesprochen vielfältig, die Einbindung der Bevölkerung in die Vereine sehr dicht und das Vereinsleben wird als lebhaft beschrieben. Diese bürgergesellschaftlichen Zusammenschlüsse spielen für die Befriedigung der Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft in den Gemeinden eine herausragende Rolle. Hervorgehoben wird besonders, dass sie die Verantwortungsübernahme durch junge Menschen fördern, auch wenn diese Funktion gegenwärtig Veränderungen unterworfen ist. In einigen Vereinen gibt es spezielle Aktivitäten für Ältere oder Abteilungen, in denen besonders Ältere zusammenkommen.

Vereine und vergleichbare Organisationen haben in der Bewertung durch die Befragten eine bedeutende Funktion bei der gesellschaftlichen Integration der Menschen und könnten diese auch bei der Organisation der Diskussion über die Zukunft übernehmen. Allerdings sind einzelne gesellschaftliche Gruppen vielerorts nicht ausreichend in den Vereins- und Organisationsstrukturen repräsentiert, so etwa Kinder und Jugendliche oder Unternehmer. Auch Gruppen wie Behinderte haben dort, wo kein Behindertenbeauftragter existiert, keine angemessene Vertretung. In einem Interview wurde auf die künftige Einrichtung eines Jugendparlamentes hingewiesen.

Als zentrale Zukunftsfrage für die Vereine wird allerdings die Nachwuchssicherung gesehen. Viele Vereine haben überproportional Rentner als Mitglieder oder Aktive. In dieser Hinsicht werden für die Vereine Probleme gesehen. Dabei besteht nicht immer Klarheit darüber, ob dieses hohe Engagement der Älteren in den Vereinen ein altersspezifisches oder ein generationenspezifisches Phänomen ist. Im ersten Falle bestünde immerhin die begründete Hoffnung, dass die Vereine aus der künftig wachsenden Gruppe der Älteren gleichsam auf natürlichem Wege „Nachwuchs“ gewinnen könnten, wenn diese sich – etwa mit Eintritt in den Ruhestand – neue Betätigungsfelder sucht. Für den Fall einer generationenspezifischen Erscheinung hingegen wäre die Situation für die Vereine schon bald prekär. Wenn nämlich die Generationen, die heute schon nicht in den Vereinen organisiert und aktiv sind, sich mit dem Ausscheiden aus der aktiven Zeit eher ins Privatleben zurückziehen, dann reduziert sich mit der Zahl der Angehörigen jetzt aktive Generationen gleichzeitig auch das Aktivitätspotential, aus dem die Vereine schöpfen können.

Ohnehin ist die Perspektive für die Vereine aufgrund des besonderen Organisationsverhaltens von Jugendlichen bereits heute wenig erfreulich. Junge Menschen engagieren sich immer weniger in dieser Art von Strukturen. Jugendliche haben eine ganz andere Form des gesellschaftlichen Engagements, sie setzen sich lieber sachlich und zeitlich begrenzt für eine

Sache ein, als dass sie sich dauerhaft in eine Struktur integrieren. Den Vereinen drohen daher Überalterung und allmählicher Verlust der Funktionsfähigkeit.

In der gleichen Weise werden Situation und Zukunft des Ehrenamtes in anderen Bereichen gesehen. Denn nicht nur die Vereine, sondern auch andere gesellschaftlichen Strukturen werden vom Ehrenamt getragen. Selbst Organisationen, die grundsätzlich auf bezahlter Arbeit beruhen, können durch ehrenamtlichen Einsatz ihre Dienstleistungsqualität verbessern. An diesen Stellen wird das Ehrenamt auch als noch weiter ausbaufähig angesehen, was heißt, dass weitere Einsatzmöglichkeiten unbezahlter Kräfte gesehen und für wünschenswert gehalten werden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass dabei fachliche Begleitung wichtig ist. Es wurden Beispiele dafür genannt, dass ein unsachgemäßer Einsatz von ehrenamtlichen Kräften zum Verschleiß dieser Potentiale geführt hat. Außerdem dürfe nicht verkannt werden, in welchem Umfange ehrenamtliche Tätigkeit von einer Anerkennungskultur lebt. Die Wertschätzung von Tätigkeiten wird oft nicht vermittelt. Es kann dann dazu kommen, dass den ehrenamtlichen Kräften zuviel aufgebürdet und nicht bemerkt wird, dass man sie viel zu sehr belastet hat.

Im übrigen wird ein wachsender Unmut darüber registriert, dass das Ehrenamt missbraucht wird, um Sparmaßnahmen der Öffentlichen Hand auszugleichen. Diese Entwicklungen können zu einem Punkt kommen, der als „Ende des Ehrenamtes“ bezeichnet wurde. Die Organisationen befinden sich an dieser Stelle nicht selten auf einer Gratwanderung, weil die Ehrenamtler die Lust an dieser Sorte von Selbstausbeutung verlieren könnten. Die Arbeit im Ehrenamt muss für den Einzelnen überschaubar bleiben. Für Institutionen wurde die Einrichtung eines Freiwilligenmanagements vorgeschlagen.

Auch die Zukunft des Ehrenamtes ist unsicher – es gibt widersprüchliche Befunde darüber. Nach wie vor ist ein hoher Prozentsatz der Menschen, vor allem der älteren, sozial engagiert. Auch gibt es Belege dafür, dass es eine Steigerung im bürgerlichen Engagement gibt. Das geht vom Seniorenbeirat über Frauentreffs bis zu Menschen, die andere Menschen unterstützen, weil sie das Potential dazu haben. Vereine und Verbände leisten auf der Basis von ehrenamtlicher Tätigkeit viel Arbeit im Seniorenbereich. Dazu zählen das Rote Kreuz, die AWO, die Sozialverbände und auch Chöre und Musikgruppen. Angebote, Veranstaltungen oder Seniorenreisen werden sehr gut angenommen. Senioren bringen sich auch in anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten wie der Sanierung der alten Mühle oder in der Schule ein. Die Kinderakademie in Lilienthal wäre ohne die Senioren und Rentner die dort mithelfen nicht möglich gewesen.

Aber es wachsen die Zweifel, ob die heute jungen Generationen das Ehrenamt künftig in gleicher Weise weitertragen werden. Überdies ist die Vermutung, dass das Ehrenamt eine Sache derer sei, die nicht in das Arbeitsleben integriert seien, mindestens sehr einseitig. Nicht verkannt werden darf nach der Erfahrung einiger Befragter, dass gerade beim Gewinnen älterer Menschen für ehrenamtliche Tätigkeit die individuelle räumliche Mobilität oft eine wichtige Voraussetzung ist (oder eben eine Hürde sein kann).

Andererseits werden in einigen Gemeinden durchaus noch Potentiale von Bevölkerungsgruppen gesehen, die aufgrund ihrer Merkmale (aus dem Arbeitsleben ausgeschieden, besser gestellt, noch leistungsfähig und sesshaft) als geeignet gelten, auf ehrenamtliche Tätigkeit in verschiedenen Bereichen angesprochen zu werden, weil man „mit denen man Ideen entwickeln und umsetzen kann“; z. B. junge Firmen(gründer) beraten oder Kinder betreuen, damit junge Frauen berufstätig sein können.

In einigen Gesprächen wurde auf besondere Beispiele ehrenamtlicher Tätigkeit hingewiesen. Dabei wurde der Begriff „Kümmerer“ verwendet. In diesem Zusammenhang wurde die Idee entwickelt, solche „Kümmerer“ auch dafür zu gewinnen, das Thema „Demographischer Wandel“ in die Gesellschaft hineinzutragen und sie gezielt dazu einzusetzen, diejenigen Bevölkerungsteile zu erreichen, die selbst nicht in der Lage sind, um mit dem Altern aktiv umzugehen oder diejenigen, die nicht durch andere soziale Netze (Vereine, Kirchengemeinden etc.) erreicht werden.

Den Gemeinden wird in diesem gesamten Prozess eine initiiierende, vermittelnde und moderierende Rolle zugeschrieben. Von ihnen werden Impulse für die Diskussion und ein Rahmen für deren Durchführung und Stabilisierung erwartet. Ihnen wird zugeschrieben, dass sie diejenigen Menschen finden und zusammenbringen, die dann Initiativen entwickeln und die Dinge umsetzen. Dabei muss es keineswegs immer um finanzielle Unterstützung gehen.

Dass ein – im Vergleich zum Nutzen geringer – finanzieller Einsatz aber auch sehr sinnvoll sein kann, zeigt der Bericht über ein Beispiel aus den Niederlanden. Dort wurde ein Nachbarschaftsdienst eingerichtet mit geschulten Leuten, die dafür eine Aufwandsentschädigung von der Gemeinde bekommen, und professionell betreut werden. Sie haben kleine Namensschilder von der Stadt und erbringen alle Arten von Hilfeleistungen, die für private Unternehmen nicht profitabel sind.

Als Aufgabe der Gemeinden in diesem Prozess werden vor allem Beratung, Vermittlung, Unterstützung im Einzelfall und Öffentlichkeitsarbeit gesehen. Die Gemeinden können auch die Vereine ansprechen, damit diese in bestimmter Richtung aktiv werden. Sie können Dis-

kussionen entfachen und sich daran beteiligen. Sie können eine „Anerkennungskultur“ für ehrenamtlich Tätige schaffen. Ein Gesprächspartner fasste zusammen: „Wie in den anderen Bereichen auch: Informieren, Beraten, Vermitteln, Zusammenbringen.“

Empfehlung:

- Die Gemeinden sollten ihre Bemühungen fortsetzen, Diskussionen über den demographischen Wandel anzuregen und ihm organisatorische Unterstützung, inhaltliche Impulse und eine stabile Form zu geben. Dazu sollten sie auch neue Formen wie Netzwerke und Foren erproben. Auch der Einsatz des Internet kann zu diesem Zweck eine ergänzende Bedeutung gewinnen.
- Sie sollten sich dabei wie bisher auf die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen stützen und zugleich Bevölkerungsgruppen einbeziehen, die bisher nicht in die örtlichen Strukturen eingebunden sind.
- Besonderes Augenmerk sollten sie auf solche Maßnahmen richten, die die spezifischen Formen des gesellschaftlichen Engagements von jungen Menschen berücksichtigen.
- Sie sollten Vereine und andere bürgergesellschaftliche Einrichtungen dazu veranlassen und dabei unterstützen, Maßnahmen und Verfahren der Anregung, Stabilisierung, Stützung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit zu entwickeln.

5. Wohnen als zentrales Thema

Vor allem, wenn auch nicht nur, die Gespräche mit den Akteuren und Akteurinnen aus den Gemeinden haben gezeigt, dass Wohnen eines der zentralen Themen des demographischen Wandels ist, wenn nicht das zentrale Thema überhaupt. Wohnen ist von grundlegender Bedeutung dafür, ob Menschen sich gut aufgehoben fühlen. Das gilt im Alter wie auch in anderen Lebensphasen. Die Wohnbedürfnisse der Menschen – nicht nur, aber vor allem der älteren – haben in der älter werdenden Gesellschaft eine dreifache Bedeutung: Für die Individuen und die Familien, für Siedlungsstruktur und Angebotsqualität sowie für die Wirtschaft, die gebäudebezogene Leistungen (einschließlich der Finanzierung) anbietet. Für die Gemeinden als Träger der Planung ergeben sich dadurch vielfältige Herausforderungen.

Das Nachdenken um das Wohnen im Alter beginnt nach aller Beobachtung in der Lebensmitte, wenn die Kinder das Haus verlassen haben. Dann beginnt man, sich über Möglichkeiten zu informieren. Nach der Erfahrung verdrängen viele aber auch die Entscheidungen, die

sie persönlich betreffen, vor allem, wenn sie ihre gewohnte Situation verändern und den Gürtel enger schnallen müssen. Auch Leute mittleren Alters berücksichtigen bei Renovierungsarbeiten heute bereits die späteren Anforderungen des Altwerdens.

Wenn die Möglichkeit besteht, werden das „richtige“ Wohnumfeld und die „richtige“ Wohnungsgröße gesucht. Alle in den Gruppeninterviews mitgeteilten Erfahrungen belegen eindeutig, dass der primäre Wunsch der Menschen ist, auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung wohnen bleiben zu können. Dafür werden zum einen soziale Gründe angeführt. In der vertrauten Umgebung leben Menschen, die man kennt und zu denen man ein persönliches Verhältnis aufgebaut hat. Und aus der Kenntnis der räumlichen und sachlichen Gegebenheiten erwächst Sicherheit im Verhalten. Zum zweiten spielen materielle Gründe eine bedeutsame Rolle, vor allem bei Hausbesitz. Ein eigenes Haus gilt als billiger denn zur Miete zu wohnen, folglich möchte man solange darin bleiben, wie möglich. Ein Haus wird nach der von den Befragten mitgeteilten Erfahrungen von den Menschen nicht als flüssiges Vermögen angesehen, zumal es auch im Alter nicht unbedingt immer schuldenfrei ist. In turbulenten Zeiten oder bei starken Veränderungen gibt sein Besitz Sicherheit. Zudem entspricht es der Erfahrung, dass auch die Mieten steigen; da diese Kostensteigerung schwer kalkulierbar ist, bleibt man eher im eigenen Haus, wo man die Kosten kennt. Nicht zuletzt erlaubt das eigene Haus die Selbstbestimmung in der täglichen Lebensführung, die auch und gerade im Alter die Basis der Menschenwürde des eigenen Daseins bedeutet. Immobilien werden – im Gegensatz zu rein finanziellen Mitteln – vor allem als Garantie dieser Sicherheit der selbstbestimmten Lebensführung unter zuträglichen Bedingungen gesehen. Nur scheinbar paradox gehört zu dieser Strategie, dass zu attraktiven Infrastrukturbedingungen auch gehört, dass Mobilitätschancen existieren. Nur wer die Möglichkeit hat, auch mal wegzukommen, bleibt gerne.

Wo Zweifel an dieser Verhaltensweise mitgeteilt worden sind, erwachsen daraus zugleich Hinweise auf Infrastrukturbedingungen, die zu schaffen sind, damit Menschen diesen Wunsch nach dem Verbleib im gewohnten Lebensumfeld realisieren können. Erfahrung ist, dass eine gute Infrastruktur und nur eine gute Infrastruktur Menschen bewegt, zuzuziehen, zu kaufen oder zu bauen. Wenn im Wohnumfeld Einkaufsmöglichkeiten und Serviceangebote fehlen, stellt sich für Menschen mit eingeschränkter Mobilität früher oder später die Frage, ob sie an dieser Stelle bleiben können. Gefragt sind Gelegenheiten wie die Versorgung mit Ärzten oder Lebensmitteln. Unter dem Leitbild der Demographietauglichkeit werden speziell für das Wohnen alter Menschen an der Grenze zur Pflegebedürftigkeit beispielsweise Vermittlungsstellen benötigt, wo über ein Rufsystem Hilfe angefordert werden kann

oder, noch besser, ein Stützpunkt, von dem aus in kürzester Zeit garantiert Hilfe zur Stelle ist. Auch die Ansiedlung von Pflegediensten in der Nachbarschaft kann helfen, Wohngebiete für Ältere attraktiv und lebbar zu machen. In diesem Zusammenhang wird es als überraschend angesehen, dass es vergleichsweise wenig Betreutes Wohnen gibt. Offenbar wird das Risiko wohl als zu hoch eingeschätzt, obwohl es den Bedarf erkennbar bereits jetzt gibt. Es wurde aber auch die Meinung vertreten, dass Projekte Betreuten Wohnens gelegentlich eher an den Rediteinteressen der Betreiber als an den Bedürfnissen der Bewohner und Bewohnerinnen ausgerichtet sind.

Sicher ist aber, dass Menschen nicht ins Altenheim wollen, auch wenn es einen Bedarf an Betreuung oder Hilfe gibt.

Der Wunsch, in der vertrauten Umgebung zu bleiben, schließt offenbar Umzüge innerhalb dieser Umgebung nicht aus. Oft wollen Eigentümer in eine kleinere Wohnung mit geringerem Bedarf an Gartenpflege umziehen und wollen verkaufen oder umbauen. Insbesondere Gut-situierte suchen für das Alter oft neue, besondere Wohnsituationen; die Gemeinde Worpswede ist sich bewusst, dass darin für sie neue Chancen liegen. Erfahrungen sprechen von einer Rate von über 50 Prozent Älteren an den Anfragen nach Baumöglichkeiten, die gezielt in den Ort zuziehen wollen.

Eine andere Perspektive wird in der Möglichkeit gesehen, Wohnungen zu tauschen. Dabei könnte ein älteres Paar seine Wohnung an eine junge Familie vermieten und dafür selbst in eine Wohnform wie den Beginenhof einziehen, wo es dann Betreutes Wohnen mit einer kleinen Wohnungen und Service hätte. Eine solche Wohnung mit Service müsste aus dem Mietertrag bezahlbar sein. In diesem Zusammenhang wurde berichtet, dass vorhandene Einfamilienhäuser für etwa 150.000 € verkauft werden können, während für ein Wohneigentum mit Betreutem Wohnen und Grundversorgung ohne Extras schon etwa 220.000 € aufzubringen sind. Wer einen solchen Tausch machen wolle, müsse sich neu verschulden, was vor dem Hintergrund der Diskussionen um die „Rentenfalle“ gescheut werde. Es sind also andere Finanzierungsmodelle erforderlich, wenn solche Ideen realisiert werden sollen.

Für Umzüge innerhalb einzelner regionaler Bereiche muss es Konzepte geben. Diese müssen helfen, die alte Immobilie zu verkaufen, die neue langfristig sicher zu finanzieren und gegebenenfalls auch die Zeit überbrücken zu helfen, wenn beide Vorgänge nicht nahtlos aneinander angeschlossen werden können. Nach den Erfahrungen der Befragten sind jedoch bisher weder Konzepte für ein Umzugsmanagement noch entsprechende Finanzpro-

dukte verfügbar. Auch stelle sich trotz Gewährleistung kein Kontakt mit den Kunden her, weil ein Service nach dem Verkauf nicht angenommen und nicht realisiert werde.

Kommunale Flächenpolitik, Bauleitplanung und Baupolitik müssen nach den Aussagen der Befragten zunächst den Ist-Stand realisieren. Dieser ist in weiten Teilen des Landkreises durch eine hohe Zahl an Einfamilienhäusern geprägt. In den Neubaugebieten, in denen früher die jungen Familien wohnten, sind diese heute die Älteren. Baugebiete haben recht große Grundstücke, das wird auf Dauer dem Bedarf der Nutzer oder Eigentümer nicht entsprechen. Abgesehen von sehr wohlhabenden Menschen, die Personal beschäftigen können, wird das nur bei Entwicklung neuer Wohn- und Nutzungsformen zu halten sein. Auch Seniorenwohnanlagen werden nicht als altersgerecht eingeschätzt.

Auch das Aufkommen neuer Wohnformen wie Gemeinschaftswohnungen wird als wahrscheinlich angesehen. Neue Wohnformen allerdings sind nicht ohne weiteres zu realisieren. Eine Initiative für eine Alters-Wohngemeinschaft braucht eine Veränderung der Bauleitplanung. Das ist konkret Zuständigkeit der Gemeinde, da muss man wissen, wie man auch eine bestehende Bauleitplanung ändern kann. Da können wir helfen und Wege aufzeigen. Das muss in Zukunft ausgebaut werden. Auf der anderen Seite wird wahrgenommen, dass viele Menschen auch unsicher sind und Angst vor solchen Veränderungen haben. Selbst in Orten, in denen jedes zweite Haus leersteht, können die Menschen sich nicht vorstellen oder haben Angst davor, mit anderen alten Leuten zusammen zu ziehen.

Zu den neuen Wohnformen gehört auch eine, die im Grunde sehr alt ist: das generationenübergreifende Wohnen. Zum Teil wurde die Meinung vertreten, dass Altwerden vor allem deshalb ein Problem ist, weil es kein generationenübergreifendes Wohnen mehr gibt, in welchem die Alten zu Hause von Familienangehörigen betreut werden könnten. Das Mehrgenerationen-Haus gilt als ein gutes Gegenbeispiel, weil dort etwa durch Kinderbetreuung durch Senioren Bedürfnisse von Älteren und jüngeren Familien erfüllt werden können. Gerade das Fehlen dieser Durchmischung wird als negativ erlebt. Straßenzüge, wo in lauter Einfamilienhäusern nur noch jeweils ein bis zwei ältere Personen wohnen gelten nicht als attraktiv und haben auch keine funktionierende Nachbarschaft mehr. Visionen sind gefragt, Menschen, die sich zusammen schließen und gemeinsam ihr Alter planen. Aber nach der Erfahrung der Befragten haben wenige wirklich diese Mentalität. Viele nehmen keine Hilfe an, bleiben zu Hause und vereinsamen. Einhellige Meinung war aber auch, dass Vereinsamung nicht durch bauliche Maßnahmen verhindert werden kann.

Auf dem Gebiet des Baulandes gibt es weiterhin den landwirtschaftlich strukturierten Bereich. Dort wird einerseits beobachtet, dass Familienstrukturen sich verändern, die landwirtschaftlichen Mehrgenerationenfamilien immer weniger werden und die früher übliche Generationenfolge nicht mehr funktioniert. Die Kinder haben meist selbst keine Zeit, da sie berufstätig sind; auch die Höfe zerfallen, weil die Jungen in die Stadt ziehen und die Alten zurückbleiben. Oft besteht daher die Notwendigkeit, die Höfe aufzugeben, daraus entsteht der Wunsch, die Substanz für Wohnzwecke zu nutzen. Da ist die Bauleitplanung gefordert. Der Investitionsaufwand ist oft wegen des hohen Grades an Nachbarschaftshilfe zu bewältigen. Zugleich kann dort eventuell künftig auch Wohnraum für Fremde entstehen. Fläche ist ausreichend vorhanden, um Baugebiete auch für Familien mit Kindern ausweisen zu können.

Allerdings gibt es derzeit keine gezielte Planung für die Förderung altengerechten Wohnens. Im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus gibt es ein vom Land gefördertes Projekt für 19 Wohnungen für Personen mit Pflegebedarf. Das wird Personen mit B-Schein zugute kommen, die mindestens 50 € Pflegeaufwand mitmieten müssen.

Wo Menschen neue Wohnungen suchen, wird erwartet, dass die Wohnungsgrößen kleiner (und die Wohnungen damit billiger) werden bei gleichzeitigem Wachstum des Wohnflächenkonsums und zunehmender Ansprüche an Wohnstandards. Auch eine Suche nach der „richtigen“ Ausstattung wird erwartet, sie führt allerdings empirisch offensichtlich (noch - ?) nicht zu einer entsprechenden Nachfrage nach Leistungen der entsprechenden Anbieter. Es gibt Bemühungen, die Handwerker in dieser Richtung zu schulen, damit sie auch besser beraten können. Insgesamt wird dies als ein Markt der Zukunft angesehen. Dazu gehören auch solche Konzepte, bei denen Sanierung und Umbau in ein umfassendes Dienstleistungskonzept eingebunden wird. Dabei wird den Bauherren ermöglicht, eine Zeit in Urlaub zu fahren, währenddessen die Baufirma den Umzug abwickelt. Von den Anbietern wird allerdings dagegen eingewendet, dass nach ihrer Erfahrung nur wenige Kunden wirklich eine solche Komplettlösung wollen. Außerdem wird ein Segment der älteren Kunden gesehen, die es sich leisten können und die den Wunsch haben, sich zu verkleinern und neu zu bauen. Diese Kundenschaft hat dann auch schon den Wunsch, altersgerecht zu wohnen.

Allerdings gilt dies nicht für die gesamte Nachfrage: Wohnlagen werden sich nach Zahlungsfähigkeit von Käufern und Mietern und damit sozial und kulturell stärker segregieren. Auf den Wohnungsmärkten wird eine zunehmende Mobilität angenommen.

Junge Familien wiederum brauchten Angebote zur Finanzierung, damit der Kauf nicht an fehlendem Eigenkapital scheitert. Auch Mietkaufmodelle könnten diese Lücke überbrücken.

Zu berücksichtigen ist, dass es gerade für Berufstätige schwieriger geworden ist, sich eine eigene Immobilie anzuschaffen, weil man da wohnen muss, wo es gerade Arbeit gibt.

Bei Bauunternehmen gibt es die Wahrnehmung eines Trends. Danach wird die Tendenz von älteren Menschen, in die Stadt zu ziehen bzw. dort geeigneten Wohnraum zu suchen, immer deutlicher. Das führt dazu, dass sich Bauaufträge für größere Wohnanlagen in der Stadt ergeben. Auch in diesem Bereich steige der Bedarf. Dabei zeige sich, dass heute ganz andere Anforderungen an Wohnungen gestellt werden. Früher wurden Wohnungen von ganzen Familien genutzt, die heute als Singlewohnung gelten. Die Grundrisse sind aber ganz anders, so dass 20 Jahre alte Wohnungen nicht mehr vermietet werden können und erst umstrukturiert werden müssen. Prognosen zufolge wird sich der Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren positiv entwickeln. Einige Bauunternehmen reagieren darauf, indem sie selbst Projektentwicklung betreiben. Das machen auch viele Unternehmen. Die Sanierung ist der Teil der Bauwirtschaft, der zurzeit am stärksten zunimmt. Viele Firmen haben auch eigene Abteilungen aufgebaut um sich da ganz gezielt zu engagieren und Partner einer großen Wohnungsbaugesellschaft zu werden. Zugleich gibt es Handwerkergemeinschaften, die sich auf dieses zukunftsträchtige Feld spezialisiert haben.

Eine weitere Idee, die gelegentlich an Bauunternehmen herangetragen wird, geht in die Richtung „*gated community*“. Schöne Einfamilienhäuser in parkähnlichen Anlagen und gemeinsamen Einrichtungen wie etwa Tennisplätzen, die nicht unbedingt eingezäunt, aber doch abgeschirmt werden. Da wird seitens der Unternehmen ein Bedarf vermutet. Allerdings sei mit einer Realisierung vorerst nicht zu rechnen.

Für die Siedlungsstruktur des Landkreises und der Gemeinden kann der demographische Wandel erhebliche Konsequenzen haben. Befürchtet wird eine Spirale, die leicht abwärts zeigen kann. Da nicht mehr von den Wanderungsgewinnen der vergangenen Jahrzehnte ausgegangen werden kann, führen rückläufige Geburtenraten mittelfristig zu sinkender Wohnungsnachfrage. Der gleichsam „natürliche“ Ausgleich versterbender Bevölkerung durch nachwachsende junge Familie kann ins Stocken kommen. Daraus kann ein Preisverfall mit negativen Konsequenzen für ganze Siedlungen entstehen. Ein Preisrückgang wird teilweise bereits gesehen, da der Markt in den letzten Jahren nach unten gegangen ist. Es wird als besonders wichtig angesehen, zu verhindern, dass dies Qualitätsreduktion und Veränderung der Bewohnerstruktur nach sich zieht, und dass Leerstände entstehen. Besondere Nachteile werden befürchtet, wenn dies zu einem Wegzug von Menschen aus dem Landkreis führt.

Demgegenüber wurde aber auch betont, dass es nicht nur um das Reagieren auf Probleme geht, sondern auch um vorwärtsweisende Ideen, wie sich Gemeinden entwickeln wollen und wie man mit Bauleitplanung vor dem Hintergrund der absehbaren Entwicklungen umgeht. Es wurde argumentiert, dass man ein Bewusstsein dafür wecken muss, im Bereich der baulichen Entwicklung vorsichtiger, geplanter und strukturierter vorzugehen als man das in den letzten Jahrzehnten getan hat. Man wird auch was den Bereich Baugenehmigung, speziell die Frage der besseren Infrastrukturversorgung von Randbereichen, betrifft stärker sensibilisiert.

Empfehlung:

- Die zentrale Bedeutung des Wohnens ist im Landkreis, in der Kreisstadt und in den Gemeinden ebenso erkannt wie die grundlegenden Parameter einer Baupolitik, die den Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung entspricht. Zusätzliche Empfehlungen erübrigen sich angesichts dieser Situation.
- Auch gibt es bereits Lösungskonzepte, die zu einem geschlossenen Programm zusammengeführt werden sollten, das zugleich zukunftsorientiert ist, d. h., das jederzeit an neue Situationen und neue Erkenntnisse angepasst werden kann.
- Als erste Elemente eines solchen Programms wurden genannt:
 - Besonderes Augenmerk für den Wohnungsbestand und seine Pflege und Entwicklung,
 - Aufbau von Beratungsstrukturen für Eigentümer und Mieter,
 - Anpassung der Bauleitplanung und der Flächenplanung (Grundstückszuschnitte) an neue Bedürfnisse,
 - Beachtung der Bedeutung der Infrastruktur für die Attraktivität von Wohngebieten gerade für ältere Menschen,
 - kommunales Umzugsmanagement,
 - Ausbau der häuslichen Pflege,
 - Musterprojekte zur Erprobung neuer Lösungen und neuer Wohnformen und, nicht zuletzt,
 - Aufbau von Partizipations- und Kommunikationsstrukturen.

6. Infrastruktur

Die Attraktivität des Wohnungsbestandes wird entscheidend von der Infrastruktur im Wohnumfeld bestimmt. Dabei spielen nach den Äußerungen aller befragten Akteure und Akteurinnen die Einrichtungen der unmittelbaren Versorgung und der Öffentliche Personennahverkehr die entscheidende Rolle. Für ältere Menschen komme die Erreichbarkeit von Ärzten und Pflegediensten hinzu, für junge Familien sind es Kindergärten und Schulen.

6.1. Versorgung mit Waren und Dienstleistungen

Die Situation der Nahversorgung wird naturgemäß zwischen der Kreisstadt und den einzelnen Gemeinden im Landkreis unterschiedlich gesehen. Auch wurde die Situation der einzelnen Orte in den Gesprächen von den Gesprächspartnern unterschiedlich intensiv behandelt.

In der Kreisstadt wird die Situation von einigen Gesprächsteilnehmern und Gesprächsteilnehmerinnen grundsätzlich als sehr gut bezeichnet. In einzelnen Bereichen seien Angebot und Präsentation sogar besser als in Bremen, obwohl die Stadt grundsätzlich nicht mit Bremen konkurrieren könne und wohl auch nicht wolle. Auch sei alles fußläufig zu erreichen. Gerade für Ältere seien die kurzen Wege ein Vorteil. Diese Stärke müsse noch ausgebaut werden. Andere Gesprächspartner wiesen dagegen darauf hin, dass in der Kreisstadt vor allem ein Kaufhaus in der Innenstadt fehle. In der Folge fehlten dann auch weitere Angebote im hochpreisigen Segment sowie kleine, gute Geschäfte oder eine Apotheke. Dabei habe der hochpreisige Einzelhandel bei gutem Service auch gute Umsätze, die Kunden fühlen sich aufgehoben, es gibt eine gute Qualität und Beratung. Einkaufszentren im unteren Preis- und Qualitätssegment dagegen wurden keine Aussichten eingeräumt.

Worpswede gilt im eigenen Urteil als schlecht bestückt. Es gebe nur einen kleinen Vollsortimenter, der auch nur geringe Auswahl hat. Das Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs sei begrenzt und nicht ausreichend. Mittel- und langfristige Bedürfnisse können in Worpswede gar nicht befriedigt werden. Dafür gebe es ein Überangebot an Geschenkartikeln. Gartenbedarf, wofür aufgrund der Eigentümer- und Siedlungsstruktur eine Nachfrage bestehe, werde in der Gemeinde auch fast nicht angeboten. Auch gebe es keine Baumärkte. Da gebe es einen hohen Nachholbedarf.

Das Angebot an Gesundheitsdienstleistungen (Ärzte, Zahnärzte, Pflegedienste, Physiotherapie) sei dagegen gut. Positiv sei ferner zu vermerken, dass Einkaufsmöglichkeiten grundsätzlich fußläufig zu erreichen seien. Außerdem gebe es eine gute ärztliche Versorgung und ein überdurchschnittliches kulturelles Angebot. Die Gastronomie sei für einen Ort dieser

Größe geradezu überdurchschnittlich, auch wenn der Mangel an Kneipen zum Draußensitzen beklagt wurde. Diesen Bedarf gebe es heute auch in Norddeutschland. Auch die Music-Hall sei fußläufig zu erreichen.

In den anderen Gemeinden wurde in den Gesprächen weniger auf die eigene Situation eingegangen, als vielmehr einerseits auf die Erreichbarkeit der Kreisstadt und andererseits vor allem auf die Konkurrenz durch die Einkaufsmärkte in der Umgebung. Während die Vernetzung der Orte im Landkreis als schlecht bezeichnet wurde⁶, führe die Möglichkeit, mit dem Auto in relativ kurzer Zeit ein riesiges Warensortiment zu sehr konkurrenzfähigen Preisen erreichen zu können, zum Ende der lokalen Versorgung. Für Ältere folge daraus eine sehr schwierige Situation, wenn sie nicht mehr selbst Auto fahren können. Der Verbleib in der eigenen Wohnung sei dann praktisch nicht mehr möglich. Ob es für den Einzelhandel lukrativ sei, in einer solchen Situationen einen neuen Service anzubieten und Waren zu liefern, sei fraglich. Wenn dann keiner mit einer neuen Geschäftsidee käme und den Leuten die Sachen an die Tür bringt, dann „sieht es finster aus“. In den existierenden Geschäften seien Warenpräsentation und Packungsgrößen oft nicht auf den Bedarf älterer Menschen ausgerichtet.

Zudem wurde daran erinnert, dass Einkaufsmöglichkeiten auch für die Kommunikation in einem Wohngebiet von Bedeutung seien. Überschaubarkeit, man kennt sich gegenseitig, ein Schnack an der Ecke sei möglich, das sei ein wertvolles Qualitätsmerkmal der Wohnsituation. Auch werden Einkäufe da erledigt, wo man zugleich mehrere Dinge erledigen könne und wo man Leute treffe, die man kennt. Nicht zuletzt spiele die Ausstattung der Geschäfte eine Rolle, die nicht nur Einkaufsorte sein dürften. Wenn man eine Bank vorfinde, wo man sich auch mal hinsetzen könne, werde ein Laden gleich als viel attraktiver wahrgenommen.

In diesem Zusammenhang wurden vielfach auch die unabgestimmten Öffnungszeiten der Geschäfte und Dienstleistungseinrichtungen gerügt. Bis 22.00 Uhr aufzuhalten bringe gar nichts, wenn auf der anderen Seite nicht mal die Mittagsöffnung koordiniert werden könne. Wer zwei Stunden warten müsse, bis ein Geschäft wieder aufmache, ohne dass er in der Zeit etwas anderes erledigen könne, der komme auch dann nicht mehr, wenn einzelne Geschäfte sich in dieser Zeit anböten. Ein klares, Profil bei den Öffnungszeiten sei nötig, so dass alle zu verlässlichen, gleichen Zeiten am Tag aufhaben.

Diese Probleme hindern Unternehmen auch daran, sich an Projekten wie „Quin“ (Quartiersinitiative Niedersachsen), zu beteiligen, in deren Rahmen ein sog. „*business improvement district*“ entstehen soll, der in Zusammenarbeit von Händlern, Eigentümern und der Stadt die

⁶ Sie dazu auch die Ausführungen im Abschnitt „Öffentlicher Personennahverkehr“.

Fußgängerzone entwickelt. Solange nicht einmal eine Einigung auf Öffnungszeiten erfolgen kann, wird eine Beteiligung als zu schwierig angesehen.

Allgemein gesehen und anerkannt werde, dass Gemeinden und Wirtschaft bei der Attraktivitätssteigerung zusammenarbeiten müssten. Dies habe nicht immer nur mit finanzieller Zuwendung zu tun, sondern mit motivierender Aktivität. Einerseits müsse das Umfeld der Geschäfte so ausgestattet werden, dass Aufenthalt oder Wege zwischen Geschäften ein angenehmes Erlebnis seien. Dazu zählten nicht zuletzt auch so einfache Dinge wie Beleuchtung und Bänke. Andererseits sei dazu ein werbender Dialog mit den Konsumenten erforderlich, um ihnen deutlich zu machen, was man in einem Ort bekommen könne. Dazu müsse die Wirtschaft das dann aber auch liefern. Es gebe immer eine Diskussion zwischen der Wirtschaft und der Gemeinde über das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung. Die Gemeinde verlange von der Wirtschaft ein attraktives Konsum- und Arbeitsplatzangebot, auch, damit Steuern im Ort bleiben, die Wirtschaft verlange, dass die Gemeinde in die Attraktivität des Umfeldes investiert, damit Konsumenten hier bleiben.

6.2 Einrichtungen der Daseinsvorsorge

Die Frage: Was ermöglicht mir, später in der Gemeinde zu bleiben, stellt sich auch für die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere nach Auffassung der Akteure und Akteurinnen in den Gemeinden kann die Beantwortung dieser Frage nicht aufgeschoben werden, weil die Menschen ihre Entscheidungen, wo sie wohnen wollen, auf dem aufbauen, was konkret vorhanden ist und nicht, was vielleicht später mal dazukommen könne. Diese Angebote müssen jetzt geplant werden, damit sie dann zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden.

Die Liste der infragekommenden Einrichtungen ist prinzipiell lang: Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und andere Ausbildungsmöglichkeiten, Einrichtungen der Jugendhilfe, unterstützende Einrichtungen für Behinderte, wohnortnahe Dienste vom Personalausweis über das Autokennzeichen und den Wohngeldantrag bis zum Hallenbad und zur Schadstoffannahmestelle.

Soweit die Gemeinden zuständig sind, etwa bei Gehwegen oder Beleuchtung, nehmen sie für sich in Anspruch, die erforderlichen Verbesserungen in Angriff genommen zu haben. Sie verweisen aber darauf, dass sie stets auf Zuschüsse hauptsächlich vom Landkreis und in gewissem Umfang auch von Land, Bund und EU angewiesen zu sein. Auch wurde darauf hingewiesen, dass zum Teil Infrastruktur in Form der Dorfgemeinschaftshäuser vorgehalten werde, die nur zu einem kleinen Teil ausgenutzt wird.

Ein offenes Problem gibt es bei den Öffnungszeiten von Kindergärten in der Kreisstadt. Sollten diese nach den Bedürfnissen der Eltern gestaltet werden und nicht nach denen der Mitarbeiter und sich vielleicht sogar auch auf den Samstag erstrecken, müsse die Stadt für diese Erweiterung zahlen. Dies sei aber gegenwärtig nicht zu regeln.

6.3 Öffentlicher Personennahverkehr und Mobilität

Für das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden im Demographischen Wandel Risiko und Chance zugleich gesehen. Es bringt Belastungen und Schwierigkeiten mit sich, beinhaltet aber auch die Chance, neue Fahrgastgruppen zu gewinnen. Auf jeden Fall hat dieses Thema eine hohe Relevanz. Hingewiesen wurde darauf, dass es einen Fahrgastbeirat gibt, der einen Querschnitt der Bevölkerung darstellt. Dadurch können die Bevölkerung ihre Wünsche und Vorstellungen direkt artikulieren.

Durch die Schülerbeförderung besteht von Anfang an Kontakt zu den Kunden von morgen. Die sind allerdings schwer zu halten, wenn sie erst mal den Führerschein haben. Das Angebot muss zeitlich passend sein. Auf der anderen Seite sind aus der Sicht des ÖPNV „alt“ diejenigen, die nicht mehr motorisiert sind. Das ist heute ein geringerer Anteil, als früher. Ältere bleiben heute länger mobil.

Als Grundproblem des ÖPNV wird gesehen, dass Nutzungsfrequenzen nicht zuverlässig vorausgeschätzt werden können. Daraus folge ein angebotsorientiertes Verhalten: ein Angebot wird gemacht, die Nutzung wird überprüft, dann wird über Fortsetzung oder Einstellung entschieden. Dieser Prozess könne sich über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren erstrecken. Dabei werde durchaus auch investiert, wenn das langfristig Erträge sichere.

Hingewiesen wurde darauf, dass der Landkreis bis 2020 der „Älteste“ im Verkehrsverbund sein, Worpswede die älteste Gemeinde werde. Auch gebe es im Landkreis Osterholz die erfolgreichsten, d.h. am meisten genutzten Buslinien. Und der Landkreis sei führend im Nachtschwärmerbereich. Im Landkreis Osterholz gebe es schon fünf bis sechs Nachtlinien, in anderen Landkreisen erst drei oder noch gar keine. Die N 3 habe schon ältere Kundschaft, die in Lilienthal wohne, in die Bremer City zu kulturellen Einrichtungen (Theater etc.) fahre und dann spät abends zurückbefördert werde. Auf der anderen Seite habe der Landkreis zu wenige Haltepunkte im schienengebundenen Personennahverkehr. Hier werden überwiegend Berufspendler in jüngerem bis mittlerem Alter befördert. Zu berücksichtigen sei ferner, dass die Verkehrsverbindungen naturgemäß auf Bremen ausgerichtet seien. Manche Orte im Landkreis seien sogar direkt in den Stadtbusverkehr von Bremen eingebunden und werden von Bremen aus bedient. Damit schaffen die Verkehrsbetriebe zugleich einen Anreiz,

den Wegzug junger Menschen aus dem Landkreis zu begrenzen, indem gute Verbindungen nach Bremen angeboten werden.

Fahrwünsche innerhalb des Landkreises zwischen den Orten dagegen können bisher nicht finanziert werden. Vielleicht sei der Bürgerbus als stark ehrenamtlich geprägtes Modell ein Weg, mit diesen Problemen umzugehen. Der Nahverkehrsplan sehe schon vor, dass jede Gemeinde eine Anbindung an die Kreisstadt hat. Für ein adäquates Angebot von der Frequenz her fehlt aber die Finanzierung. Freizeitverkehre seien ohnehin sehr schwer zu bündeln.

Die Schülerbeförderung sei das Rückgrat in der Fläche. Wenn die Zahlen zurückgehen, müsse darauf geachtet werden, dass das Netz nicht dadurch beeinträchtigt werde. Und wenn die Bevölkerung älter werde, sei noch unklar, ob der Individualverkehr dann zunehme oder abnehme. Es gebe bereits heute Kundengruppen mit Auto. Auf dem Lande fahren nach Beobachtung der Verantwortlichen die Leute bis ins hohe Alter mit dem Auto. Die Wege nach Bremen dagegen werden doch stressig. Da könne der Busverkehr eine andere Bedeutung gewinnen. Zugleich könne es ein Standortaspekt für das Wohnen älterer Menschen sein, mit dem Bus ohne Umsteigen in die Bremer City kommen zu können. Aber die Altersstruktur der Fahrgäste ist derzeit nicht bekannt.

Da die Verkehrsbetriebe wirtschaftliche Unternehmen seien, sei es nicht das Ziel, Tausende von Älteren zu befördern, sondern allein die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu sichern. Wirtschaftlichkeit hänge aber auch vom eingesetzten Material und Personal ab. Kleinbusse statt Gelenkbusse seien eine Möglichkeit, auf unterschiedliche Auslastung zu reagieren.

Der Bürgerbus sei ein weiteres gutes Beispiel flexibler und innovativer Angebotsstrukturen, der sei voll, obwohl er durch Gegenden fährt, in denen die Leute alle ein Auto haben. Aber der Bürgerbus müsse aus rechtlichen Gründen prinzipiell haltestellenbezogen bleiben. Bürgerbus und ähnliches setze sehr viel Eigeninitiative vor Ort voraus, z. B. einen Verein oder eine Initiative von Leuten, die sich da engagieren. Das sei kein wirtschaftlich arbeitender Betrieb. Die Frage ist, wie man ein Klima schafft, damit Ältere so etwas übernehmen und dadurch sich wertgeschätzt fühlen können. So etwas existiere schon, es gebe Anlaufstellen für die, die sich für Bürgerbusse interessieren.

Was die speziellen Beförderungsbedürfnisse Älterer angehe, so müsse zunächst darauf hingewiesen werden, dass Ältere oft die vorhandenen Möglichkeiten oft auch gar nicht nutzen. Z. B. gebe es größere, besser lesbare Informationspläne längst, man müsse nur danach fragen. Die Anforderungen an Unternehmen durch ältere Fahrgäste wachsen schon deshalb

stärker als in anderen Bereichen, weil öffentliche Gelder in Zukunft noch weiter herunter gehen werden, Kommunen können das nicht alles auffangen. Der Druck wird noch größer werden, Kunden zu gewinnen, die nicht fahren müssen, sondern fahren wollen (eben keine Schüler).

Generell wünsche sich das Unternehmen mehr Aktivitäten zur Barrierefreiheit, aber wenn Kunden sich entsprechend verändern, wird sich ein Wandel von selbst einstellen, das ist positiv zu sehen. Die Haltestellenabstände sind auch ein Problem bei Älteren, die können nicht so weite Fußwege zur Haltestelle zurück legen. Weiterhin strebe man verbesserte Fahrgastinformationen an, von der Haltestellengestaltung bis zur Presse und im Internet. So kann man neue Gruppen erschließen, um auch neue Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Weitere Projekte seien: Haltestellenkonzept, Fahrzeugkonzept, Qualitätssicherung, Haltestellenansage und -anzeige, daran werde gearbeitet.

Man könne sich auch vorstellen, Mobilität mit anderem Charakter zu organisieren, nicht Linienverkehre, sondern, ähnlich wie zum Beispiel bei Kaffeefahrten, alle zwei Wochen eine Fahrt mit dem Bus zum Einkaufen in die Kreisstadt und zu Meyerhoff anzubieten. Das hätte nicht nur einen Mobilitätsaspekt sondern auch den Aspekt der Begegnung. Das könnte sich auch mit Interessen der Verkehrsunternehmen decken, die im Schülerverkehr nur zu bestimmten Zeiten viele Fahrten abdecken müssen und zu anderen Zeiten wieder Lücken haben. Das setze aber auch technische Lösungen voraus, die wirtschaftlich sind. Disperser Freizeitverkehr nehme zu, man unterstellt, dass alle Leute immer überall hinwollen. Es sei aber fraglich, ob das wirklich so sein. Oder wollen die die Leute einfach einmal im Monat da und da hin ? Das können die Akteure und Akteurinnen der Verkehrsunternehmen derzeit noch nicht beantworten. Auch sei die Anspruchshaltung zum Teil zu hoch. Jederzeit überall hinkommen, für wenig Geld. Das sei nicht leistbar.

Was das Informationsangebot angehe, so seien viele Leute mit dem Angebot überfordert. Fahrkartenausgabestellen seien nicht immer bekannt, Fahrplanbücher schwer zu lesen. Start-Ziel-Abfragen ohne Haltestellen (mit Adressen) funktionieren jetzt schon im Internet, das System zeigt dann die Haltestellen an, nur am Weg zur Haltestelle hapert es noch, aber solche Möglichkeiten müssen auch bekannt sein. Das System im Internet sei schon sehr gut, aber sicher noch zu erweitern. Vor allem aber müsse das vorhandene System noch besser vermarktet werden. Es fehlen auch Möglichkeiten zur Information vor Ort, es gibt kaum Büros oder Informationsstellen der Verkehrsunternehmen in den Orten, wo man auch Fahrkarten bekommt. Es fehle auch eine Verzahnung von Akteuren im Landkreis. In der neuen

Imagebroschüre des Landkreises wird der ÖPNV nicht mal erwähnt. Auch so entstehen Informationsdefizite.

Für weitere Innovationen sei man offen. In Bezug auf Events gebe es solche Kooperationen ja schon. Wenn die Gastronomie die Initiative ergriffe, in der Kreisstadt einen Candlelight-Bus fahren zu lassen, würde man darauf eingehen. Kontakte zu Seniorenbeiräten und Behindertenorganisationen bestehen. Der ÖPNV sei stark reglementiert, innerhalb dieser Regularien bemühe man sich aber, offen zu sein. Alle Akteure, Gemeinden, Verkehrsunternehmen, stehen aber unter starken Zwängen, die man berücksichtigen muss.

Empfehlung:

- Die Infrastruktur ist ein kombiniertes Angebot vieler Akteure und Akteurinnen. Der Landkreis sollte daher eine Kommunikationsstruktur aufbauen, die diese zielbezogen zusammenführt.
- Die Erarbeitung eines Infrastruktur-Masterplanes, der dann durch örtliche Initiativen ausgefüllt werden kann, würde einen zielbezogenen Einsatz der finanziellen Mittel erlauben. Durch Beteiligung kann nicht nur die Zustimmung, sondern auch die aktive Unterstützung der Bevölkerung erreicht werden.
- So wie die Vorausberechnung der Bevölkerung muss auch die Vorausberechnung der Finanzausstattung des Landkreises, der Kreisstadt und der Gemeinden in die Überlegungen einbezogen werden.

7. Wirtschaft

Die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung im Demographischen Wandel sollte in den vier Schwerpunktthemen behandelt werden, die auch dem Landkreisentwicklungsprogramm entsprechen: Tourismus, Handel und Dienstleistungen, Gesundheitswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft.

Der letztgenannte Bereich hatte sowohl wegen der überragenden Bedeutung des Themas „Wohnen“ als auch wegen der Beteiligung an dem entsprechenden Interview den Schwerpunkt Baugewerbe. Die Informationen aus dem Gespräch mit dem Vertreter des Baugewerbes wurden daher in diesem Bericht überwiegend in den Abschnitt „Wohnen“ integriert. An dieser Stelle wird daher nur eine kurze Zusammenfassung der explizit wirtschaftlichen Aspekte des Wohnens gegeben. Das Gespräch zum Thema „Gesundheit“ behandelte ausschließlich Fragen des Gesundheitsverhaltens und der Gesundheitsversorgung. Die ge-

sundheitsbezogenen Gewerbebezweige, denen im Landkreisentwicklungsprogramm eine hohe Bedeutung zugemessen wird, waren an diesem Gespräch nicht beteiligt. Aus diesem Grunde konnte die wirtschaftliche Bedeutung der Gesundheit nicht thematisiert werden. Die Informationen aus diesem Gespräch sind deshalb in andere Teile des Berichtes integriert worden. Dabei wird der Bereich der Gesundheits- und Pflegewirtschaft als ein Wirtschaftszweig angesehen, der sich an dem erhöhten Bedarf gesundheitlicher Dienstleistungen im Alter orientiert, der deshalb ein Wirtschaftsfaktor ist, der unabhängig von der Liquidität der Kunden existiert und in dem es im Landkreis diverse spezifische Angebote gibt.

Als gemeinsames Grundproblem der regionalen Wirtschaft wurde genannt, dass zu wenig Kaufkraft im Landkreis bleibt. Die Bedeutung der älteren Menschen für die Wirtschaft im Landkreis wird durchaus als hoch eingeschätzt.

Ein besonderes Querschnittsthema ist der Betriebsübergang. Hier gibt es nach den Aussagen der Befragten vielfältige Überlegungen, aber derzeit noch keine brauchbaren Konzepte.

In den Zusammenhang der wirtschaftlichen Bedeutung älterer Menschen für die Region gehört auch die Frage der Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft auf die Steuerkraft des Landkreises, der Kreisstadt und der Gemeinden. Dazu wurde die Auffassung vertreten, dass Wohnbevölkerung überhaupt wichtig sei, weil sie Einkommensteuer, (im Falle der Hausbesitzer) Grundsteuer zahlt und über ihre Einkäufe (wenn sie sie am Ort tätigt) indirekt auch zur Gewerbesteuer beiträgt. Von Älteren wird darüber hinaus angenommen, dass wenigstens ein Teil von ihnen über mehr verfügbares Einkommen verfügt und deswegen via Konsumausgaben auch Kaufkraft und Steueraufkommen der Kommune stärkt. Wegzug sei generell schädlich. Von Zuzüglern wird erwartet, dass sie besser situiert sind und sich deswegen positiv auf das Steueraufkommen auswirken.

7.1 Tourismus

Tourismus im Landkreis Osterholz konzentriert sich bisher weitgehend auf den Ort Worpswede. Hier sei nach Auffassung der Akteure und Akteurinnen zunächst und vor allem ein fundamentale Wandel in den Rahmenbedingungen zu bedenken: „Früher wollte die Welt nach Worpswede, heute will die Welt eine Begründung, warum sie nach Worpswede soll.“ Dabei wird die Ausgangslage im Demographischen Wandel als gut eingeschätzt, weil die Zielgruppe bisher schon Ältere waren. Worpswede müsste also vom Demographischen Wandel profitieren. Unbeantwortet ist aber auch hier die – bereits beim Ehrenamt angesprochene – Frage, ob es sich dabei um einen Alterseffekt oder um einen Generationeneffekt handelt.

Zugleich bestehe die Befürchtung, dass Worpswede den Anschluss an neue Entwicklungen nicht schaffe. Außerdem sei die unterschiedliche Qualität und Zielgruppenorientierung einzelner Anbieter zu beachten. Wenn der Trend zu integrierten Angeboten gehe, würde dies von einigen Anbietern geleistet, bei anderen könne man nicht einmal die Öffnungszeiten der Museen erfahren. Allerdings gebe es bereits einige integrierte Angebote, die auch gut laufen: Golf, Reiten, Tennis, Kunst (gucken und selber machen), Natur, gut essen und trinken, Ausflüge nach Bremen, Bremerhaven oder Cuxhaven, die Entdecker-Card. Seit einiger Zeit sei das Tagungsgeschäft hinzugekommen. Außerdem gebe es Übernachtungen von Geschäftsreisenden, wobei zu berücksichtigen sei, dass für diese Gruppe der Preis der Übernachtung eine wesentliche Rolle spiele, Angebote, die für die Freizeit gedacht sind, dagegen gar keine.

Die Identifikation mit dem Landkreis, mit dem Umfeld, mit der Region sowie eine ausgewachsene Dienstleistungsmentalität seien gelegentlich unterentwickelt. Initiativen, dies zu verändern, zeigten erst langsam Wirkung. Dazu werde ja bereits an einem Image des Landkreises gearbeitet, das Begriffe wie „Teufelsmoor“, „Worpswede“, „Torfkahn“, „urig“ und ähnliche zusammenfasst.

Außerdem müssten die Einwohner des Landkreises selbst von diesem Image überzeugt sein. Nur wenn sie, so die Auffassung, sich hier sichtbar wohlfühlen, können sie auch Gästen dieses Erlebnis vermitteln. Zugleich wird die strategische Bedeutung des Ansatzes bei den Kindern gesehen. Diese müssen von Anfang an für ihren Ort interessiert werden. Es sei bisher aber ein allgemeines Problem, dass die Einheimischen oft gar nicht wissen, was die Region bietet und ihre Angebote selbst nicht wahrnehmen. Keinesfalls darf es sein, dass sich die Worpsweder sichtlich belästigt fühlen, wenn am Wochenende viele Touristen und Touristinnen da sind.

Ein Problem seien auch die Öffnungszeiten, die alles auf das Wochenende konzentrieren. Damit wird zugleich verhindert, dass Besucher und Besucherinnen auch mal länger bleiben. Montags und dienstags gibt es nichts zu essen, an Feiertagen ist es auch schwierig, an Heiligabend gibt es nichts. Aufenthalte z. B. über die Feiertage können so nicht angeboten werden.

Eingeklagt wird ein gemeinsames regionales Marketing. Dazu wurde angemerkt, dass die Verwaltung etwa Imagekampagnen führen kann, aber wenn keiner vor Ort aktiv ist, laufen diese auch ins Leere. Der Landkreis kann nur Rahmenbedingungen schaffen, nicht selbst

Aktivitäten ersetzen. Man könne sich aber auch der Aktion „Qualitätsoffensive Niedersachsen“ anschließen.

7.2 Dienstleistungen und Handel⁷

Grundsätzlich wird die Auffassung vertreten, dass der Demographische Wandel dem örtlichen Handel wegen seiner Eigenschaften der qualitätsorientierten Servicementalität und der fußläufigen Erreichbarkeit gute Chancen eröffnet. Diese These konnte in dem speziell auf den Handel zugeschnittenen Querschnittsgespräch aufgrund der geringen Beteiligung nicht vertieft werden (vgl. Fußnote 7).

Für die nächste Zeit wird mit einer Veränderung der Kundenstruktur gerechnet. Dabei überlagern sich Einflüsse aus dem Demographischen Wandel und aus anderen Quellen. Erwartet wird, dass der Qualitätsanspruch der Kundschaft nach oben geht und die frühere „Billigwelle“ teilweise ablösen wird. Diese Veränderungen werden in einem großen Unternehmen laufend analysiert. Entsprechend kurzfristig können Anpassungen vorgenommen werden. Langfristige Überlegungen dagegen gibt es gegenwärtig nur teilweise. Mit dem örtlichen Handel sieht man sich nicht in einer Situation der Konkurrenz, sondern eher der Ergänzung, teilweise gebe es auch Kooperation.

Es wird aber zugestanden, dass die Produkte, bei denen eine größere Nachfrage bei älteren Kunden und Kundinnen vermutet wird, derzeit noch nicht in den Regalen dorthin gepackt werden, wo die bevorzugten Waren mit schnellem Absatz liegen (d. i. unten). Dieser Sachverhalt wurde andererseits von den Vertretern und Vertreterinnen der Seniorenbeiräte aus ganz praktischen Gründen kritisiert, weil es nämlich für ältere Menschen gelegentlich eine körperliche Anstrengung bedeutet, die oben in den Regalen befindlichen Waren überhaupt zu erreichen.

Der Aspekt der Mobilität der Älteren wird nicht für bedeutsam gehalten, weil er leicht durch Home-Shopping bearbeitet werden könne.

Im übrigen werden Sortimentsentscheidungen in diesem Unternehmen von der Zentrale getroffen, Informationen dazu werden aber durch die Geschäfte in der Fläche geliefert.

Die vor allem für den Handel entscheidende These von einer besonderen Kaufkraft der älteren Bevölkerungsschichten wurde von den befragten Akteuren und Akteurinnen dagegen entweder überhaupt nicht geteilt oder wenigstens deutlich relativiert. Zwar wurde gesagt,

⁷ An dem Interview zum Thema „Handel“ hat nur ein regionaler Repräsentant einer Supermarktkette teilgenommen; Meinungsäußerungen des örtlichen Handels konnten auf diese Weise in diesem Querschnittsinterview nicht aufgenommen werden.

dass ältere Menschen für gute Produkte schon bereit seien, ihr Geld auszugeben. Hingewiesen wurde aber vor allem darauf, dass dies nur Teile der Bevölkerung betrifft. Durch Hartz IV sei die Zahl der Menschen mit geringem Einkommen deutlich gewachsen. Und selbst für die, die heute noch wohlhabend sind, kann dies nicht in jedem Falle als dauerhafter Zustand angenommen werden. Die nächste Generation der Älteren in zehn bis 15 Jahren werde nicht mehr so viel Geld haben, wie die jetzige Generation der Älteren. Vor allem Frauen werden davon negativ betroffen sein. Das Zerrbild der wohlhabenden zufriedenen Alten könne nicht aufrechterhalten werden.

Auch wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Älteren ihre Kaufkraft vielfach ausschließlich in das Segment Gesundheit und Pflege stecken müssen. Und bei den Menschen mit geringem Einkommen gibt es reale Ängste, etwa wegen der Preissteigerungen.

Ebenfalls stößt die Mobilisierung des beträchtlichen Vermögens mancher Älterer nach Auffassung der Gesprächspartner auf Probleme, da „die Gesellschaft weder real noch im Diskurs Zukunftssicherheit produziert“. Es wurde die Meinung vertreten, dass zu geringe Geldausgaben und Kaufzurückhaltung nie an fehlendem Geld allgemein gelegen haben. Ursächlich seien andere Faktoren wie z. B. Sicherheitsbedürfnis (Kriegsangst), Arbeitsmarktlage, Gesundheitsdebatte mit Mehrkosten, Mehrbeteiligung u. a. m. Auch aktuell steige die Sparquote wieder. Die Ausgaben werden nach dieser Auffassung erst wieder zunehmen, wenn stabile, zukunftsichere Rahmenbedingungen geschaffen worden sind. Zu dieser Verunsicherung trage die Unehrllichkeit von Politik und Gesellschaft bei, die nicht offen und wahrheitsgemäß über die differenzierten Chancen und Risiken informiere.

Zudem werden ältere Menschen als quasi automatisch vorsichtiger eingeschätzt. Außerdem scheint es so, als sparten Ältere vielfach an anderen Dingen, um sich ihr Häuschen leisten zu können, und weil sie etwas haben wollen, was sie vererben können.

Nicht zuletzt wurde die Auffassung vertreten, dass brauchbare Konzepte zur Mobilisierung von angelegtem Geld, Immobilienwerten und erwarteten Erbschaften noch nicht zu existieren scheinen.

Dienstleistungsangebote einer Gemeinde sind nach Auffassung der Gesprächspartner vor allem dann auch für ältere Menschen geeignet, wenn sie generell dazu führen, dass Menschen sich in ihrer Umgebung wohlfühlen. Was ältere Menschen thematisieren, entspringt vermutlich weniger der besonderen Situation ihres Lebensalters, als vielmehr der Tatsache, dass sie im Zusammenhang mit der Alterung der Gesellschaft eine Möglichkeit bekommen haben, die Bedürfnisse zu artikulieren, die in der Bevölkerung generell vorhanden sind.

Es gibt einen Seniorenmarkt, aber die Kennzeichnung als „Seniorenprodukt“ wirkt nach übereinstimmender Auffassung der Befragten diskriminierend und absatzhemmend. Die These, dass es die Jugendorientierung vieler Anbieter und Angebote ist, die zu einer Kaufabstänze der Älteren auch bei solchen Produkten führt, die an sich durchaus auch für sie einen Nutzen haben, wird vielfach vertreten, ihre breite Gültigkeit ist aber nicht gesichert. Neue Dienstleistungen wie z. B. Bringdienste oder mobile Versorgungsstrukturen werden vereinzelt diskutiert, aber noch nicht realisiert.

7.3 Wirtschaftliche Aspekte des Wohnens

Das Thema des „Wohnens im Alter“ hat auch eine wirtschaftliche Seite. Wenn veränderte Wohnzuschnitte und neue Ausstattungsstandards benötigt werden, bedarf es der Unternehmen, die diese liefern; im Falle von Bauleistungen nicht selten auch der Finanzdienstleistungen, die die entsprechende Liquidität bereitstellen. Hierfür gibt es individuelle Vorschläge, (noch) nicht jedoch konsistente Konzepte. Mögliche Bauaufträge können vielfach nicht realisiert werden, weil in der Vorstellung der Menschen Kosten und Nachteile von baulichen Maßnahmen durch den Nutzen nicht aufgewogen werden. Hinderlich sind auch vielfach Grundstücksstrukturen, die auf jüngere Familien, nicht jedoch auf Ältere zugeschnitten sind. Weiterhin sind Konzepte zur Finanzierung der baulichen Veränderungen und von Mobilitätsprozessen erforderlich, die im Zuge von Veränderungen der Wohnsituation notwendig oder gewünscht werden. Hier ist der Sektor der Finanzdienstleistungen gefordert.

Empfehlung:

- Eine genauere Datengrundlage für die Ermittlung der Strukturen von verfügbarem Einkommen, Konsumverhalten und Konsumentenwünschen ist für die Fundierung einer kaufkraftsichernden Politik des Landkreises erforderlich.
- Diese Analyse sollte auch die Erwartungen der Menschen an gute Dienstleistungen einschließen.
- Die Entwicklung von Konzepten für altersgerechtes Wohnen, das von den Menschen akzeptiert wird, sollte als sachlich und zeitlich vorrangig begriffen werden. Diese Konzepte sollten in drei Hinsichten umfassender sein, als bisher.
 - Das Verständnis von „Wohnen“ darf nicht nur die Wohnung betreffen, sondern muss sich auf das gesamte Wohnumfeld beziehen.

- Die Konzepte dürfen nicht nur das Produkt „Wohnung“ betreffen, sondern müssen den gesamten Prozess der Planung, Realisierung und Finanzierung sowie der Gestaltung des Wohnumfeldes umfassen.
- Die Unternehmen als Anbieter von Leistungen der Planung, des Bauens und der Finanzierung müssen eine aktive Rolle übernehmen. Insbesondere das Bauhandwerk und das Kreditgewerbe sind gefragt.
- In die Finanzierungskonzepte müssen Elemente eingebaut werden, die den Menschen das Gefühl geben, etwas behalten zu haben, auf das sie in Notfällen zurückgreifen können.
- Es sollte eine Nachfolgebörse eingerichtet werden. Eine solche Einrichtung würde gleichzeitig eine Informationsfunktion und die praktische Funktion erfüllen, Interessenten von beiden Seiten zusammenzubringen. Für Interessenten für eine Betriebsübernahme sollte ein Beratungs- und Weiterqualifizierungsangebot zur Verfügung stehen.
- Für das Tourismusangebot in Worpsswede wird empfohlen, die Möglichkeiten einer Kooperation mit anderen Einrichtungen zu prüfen, die ihrerseits Zugang zu jungen Familien haben. Als Beispiel wäre die Kooperation des Künstlerhauses Spiekerooog mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen beim Musikfest der Stadt Bremen 2007 zu nennen.

8. Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt im Landkreis Osterholz zeigt gegenwärtig weniger Spuren einer Alterung als einer zu geringen Anzahl an Jungen. Generell liegen gesicherte Informationen über die künftigen Arbeitskraftpotentiale sowie die zu erwartende Nachfrage nach Arbeitskräften im Landkreis nicht vor.

Von allen gegenwärtig sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis (Stand: Juni 2006) gehören der Altersgruppe über 55 Jahren nur um rund eineinhalb Prozentpunkte mehr Beschäftigte an, als im Bundesdurchschnitt. In der Altersgruppe unter 35 Jahren dagegen sind es über fünf Prozentpunkte weniger.

Betrachtet man die Altersstruktur der gesamten Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren im Landkreis, dann zeigen sich in allen Altersgruppen etwa die gleichen Abstände zum Bundesdurchschnitt, wie bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Alters-

struktur der Beschäftigten des Landkreises könnte also schon in der Struktur der Wohnbevölkerung angelegt sein. Es fehlen allerdings gesicherte Daten über das Erwerbsverhalten der Bevölkerung der verschiedenen Altersgruppen.

Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz im Landkreis haben, sind die Abstände geringer als bei denen, die im Landkreis wohnen. Der Anteil der über 55-Jährigen liegt nur etwas mehr als ein Prozent über dem Bundesdurchschnitt, der Anteil der unter 35-Jährigen nur um knapp drei Prozentpunkte darüber (vgl. Tabelle 1). Der Pendlersaldo trägt also zu einer leichten Verbesserung der Altersstruktur bei; Daten über die Altersstruktur der Ein- und Auspendler liegen allerdings nicht vor.

Tabelle 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Landkreis Osterholz im Vergleich zum Bundesgebiet nach Alter am 30. Juni 2006

in v. H.

	15 bis 34	35 bis 54	55 bis 64	in 1.000
Bundesgebiet	33,0	55,8	11,2	26.250
Wohnort in OHZ	27,8	59,3	12,8	36
Arbeitsort in OHZ	30,2	57,4	12,4	20

Quelle: www.pub.arbeitsagentur.de, Arbeitsagentur Bremen; eigene Berechnungen

Die Gewerbliche Wirtschaft im Landkreis ist durch Handwerksbetriebe geprägt. Grundsätzlich wird von einer schwachen Position der meisten Unternehmen des Landkreises gegenüber der Wirtschaft in Bremen ausgegangen. Dies betrifft auch das Gewinnen von Fachkräften wie die Darstellung eines Ausbildungsplatzangebots und die Besetzung der Ausbildungsplätze.⁸ Es wird vermutet, dass viele Unternehmen des Landkreises auch für den Bremer Arbeitsmarkt ausbilden; gesicherte Erkenntnisse darüber liegen allerdings nicht vor. Man hat dann viele erfahrene Leute, aber die Jungen wandern wegen besserer Verdienstmöglichkeiten ab. Die Firmen im Landkreis können sich nach der Vermutung der Befragten ihre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht aussuchen.

Das Verhalten der Unternehmen zu den Arbeitsmarktpotentialen der verschiedenen Altersgruppen im Landkreis ist offensichtlich uneinheitlich. Es wurden in den Interviews sowohl

⁸ Für eine Darstellung des Ausbildungsstellenmarktes im Landkreis Osterholz siehe: Syben, Gerhard: Ausbildungspotentiale und Ausbildungshemmnisse im Landkreis Osterholz. Studie im Auftrage der regionalen Berufsbildungskonferenz. Manuskript. Bremen 2007

Beispiele für die Ausschaltung Älterer aus Beschäftigung gegeben wie auch für die Beschäftigung von Älteren, deren Erfahrung geschätzt wird. So wurde berichtet, dass Firmen ältere Leute abstoßen, weil die teurer sind und junge einstellen, die nicht soviel kosten. Ältere Arbeitnehmer seien abgefunden worden, die anschließend keinen Job mehr bekommen haben. Dagegen gab es auch Beispiele dafür, dass auch über 50-Jährige durchaus noch eingestellt werden können. Ältere können aufgrund ihrer Berufserfahrung manche Probleme schneller erkennen und weitaus billiger lösen als die jüngeren Kollegen.

Verschärft wird das Problem der Fachkräftesicherung auch dadurch, dass Jugendliche heute nicht in allen Fällen als durch die Schulen ausreichend qualifiziert gelten. Zur Beurteilung dieses Sachverhalts sei aber eine Prüfung im Einzelfall erforderlich.

Gefordert wurde, dass ältere und jüngere Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben aufeinander zugehen. Auch sei es nicht so, dass die Alten grundsätzlich höhere Gehaltsforderungen stellen. Das sei vielleicht früher so gewesen. Heute wüssten auch die Jungen, was sie verdienen wollen, während die Alten durch die Arbeitsmarktprobleme der letzten Zeit geprägt sind.

Eingeräumt wird, dass ältere Beschäftigte manches körperlich nicht mehr können. Dafür aber werden ihre Erfahrungen zunehmend mehr geschätzt. Das Beste sei ohnehin immer eine Mischung.

Positiv wurde hervorgehoben, dass Frauen über 40 sich vielfach deswegen überhaupt nur zur Bewerbung getraut haben, weil diese Altersgruppe ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert worden war. In dieser Richtung müsse dringend noch mehr getan werden.

Für den Dienstleistungsbereich gibt es die – allerdings bisher nicht überprüfte – Vermutung, dass ältere Konsumenten unter bestimmten Umständen ein Angebot durch ältere Servicekräfte bevorzugen könnten, weil sie denen ein größeres Verständnis für die eigenen Bedürfnisse zutrauen. Tatsächlich sind nach den Erfahrungen der Befragten auch in diesem Bereich oft Leute entlassen worden, obwohl sie eigentlich gut waren. Zugleich sei es schwierig, sich in einer Gaststätte einen Einsteiger mit 60 vorzustellen. Das sei körperlich zu schwer. Generell aber wird Älteren mit ihren Erfahrungen eine hohe Kompetenz bescheinigt. Zwar seien im reinen Bedienen Jüngere flotter und sie könnten auch mehr tragen. Wenn ein Gast beraten werden will oder besondere Wünsche hat, ist aber ein Älterer oder eine Ältere oft hoch überlegen.

Ähnlich ist im Finanzsektor die Beratungs- und Kommunikationskompetenz der Älteren größer. Vielfach werde bei Einstellungen gar nicht mehr nach dem Alter gesehen.

Eine offene Frage ist allerdings, was passieren wird, wenn künftig viele Ältere werden arbeiten müssen, weil die Renten zu niedrig sind. Es sei durchaus unklar, ob diese dann noch eine Chance erhielten.

In diesem Zusammenhang wurde grundsätzlich die Forderung aufgestellt, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können müssten. Dazu sei Aufklärung und Überzeugung notwendig sowie die Überwindung des Kartells aus Gewerkschaften und Großkonzernen. Die heute besseren Bedingungen zum Altern und die Qualifizierung machten dies aber grundsätzlich möglich. Das lebenslange Lernen wird in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung bekommen. Allerdings wird man sich dabei mit der Einschätzung auseinandersetzen müssen, dass sich ältere Mitarbeiter gegenüber Weiterbildungsangeboten zurückhaltender verhalten. Das gilt teilweise auch für gut qualifizierte Gruppen wie Ingenieure.

Zu bedenken ist aber nach Auffassung einiger Gesprächspartner, dass Arbeitskräfte in einigen Bereichen ohne Änderung der Arbeitsbedingungen bereits mit 50 Jahren verschlissen sind. Sie erreichen das Ruhestandsalter nicht in einem gesunden Zustand, dazu sind die Belastungen zu hoch. Dies betrifft unterschiedliche Berufsgruppen wie zum Beispiel Bauarbeiter und Pflegekräfte. Hier müsse dringend etwas getan werden, weil es sich die Gesellschaft nicht länger leisten kann, die Leute so früh ausscheiden zu lassen.

Andererseits gebe es viele Rentner, die noch sehr fit seien und viel Potential haben, auch, da eine gesunde Lebensweise die Menschen deutlich jünger halte. Erstrebenswert sei, die Leute so lange arbeiten zu lassen, wie sie gesund sind und arbeiten wollen.

Dies legt nach Auffassung der Gesprächspartner auch nahe, über Modelle eines gleitenden Übergangs älterer Beschäftigter in den Ruhestand nachzudenken. Diese werden gewünscht, sind aber noch nicht in ausreichender Form entwickelt. Für Freiberufler ist der Übergang ohnehin häufig gleitend.

Empfehlung:

- Die genannten Informationsdefizite über Struktur und Entwicklung von Nachfrage nach und Angebot an Beschäftigung im Landkreis sollten durch einschlägige Untersuchungen beseitigt werden.
- Formen und Modelle der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer sollten branchen- und berufsbezogen entwickelt und erprobt werden.

- Modelle eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand und einer flexiblen Altersgrenze sollten in Kooperation mit der Arbeitsagentur entwickelt und erprobt werden.

9. Osterholz als Referenzregion

Die Entwicklung des Landkreises zu einer Referenzregion für die produktive Nutzung des demographischen Wandels wird von Gemeinden und Organisationen grundsätzlich begrüßt, Unterstützung und Beteiligung werden in Aussicht gestellt. Die Realisierung dieses Konzeptes hängt jedoch letzten Ende davon ab, dass die Menschen im Landkreis in ihren unterschiedlichsten sozialen Rollen: als Entscheidungsträger oder Entscheidungsvorbereiter in der öffentlichen Verwaltung, als Unternehmen oder Arbeitnehmer, als Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Einrichtung im Hauptberuf oder im Ehrenamt oder auch schlicht als Bürger und Bürgerin sich an diesem Prozess beteiligen und ihn aktiv gestalten. Die Demographiefähigkeit hängt von den Mitgliedern des Gemeinwesens ab, das Demographiefähigkeit anstrebt.

Empfehlung:

- Der begonnene Diskussionsprozess zwischen Landkreis, Kreisstadt und Gemeinden sowie mit den Organisationen der Zivilgesellschaft im Landkreis sollte fortgesetzt und, wo möglich und nötig ausgeweitet und intensiviert werden.
- Vor allem auf Gemeindeebene sollte er eine möglichst große Beteiligung und eine möglichst stabile Form anstreben. Informationsdefizite sollten gezielt identifiziert und beseitigt werden.
- Vorhandene Erfahrungen aus Projekten und guten Praxisbeispielen an anderen Orten sollten genutzt werden.
- Möglichkeiten zur praktischen Erprobung zukunftsbezogener Modelle sollten genutzt werden.

Anlage 1

Übersicht über die Interviews

Nr.	Interviewbereich	Datum	Anzahl Personen
1	Gemeinde Grasberg	16. 8. 2007	1
2	Gemeinde Worpswede	20. 8. 2007	3
3	Kreisstadt Osterholz-Scharmbeck	28. 8. 2007	3
4	Gemeinde Hambergen	30. 8. 2007	2
5	Gemeinde Lilienthal	30. 8. 2007	3
6	Gemeinde Ritterhude	10. 9. 2007	
7	Regionale Wirtschaft Grasberg	17. 9. 2007	1
8	Regionale Wirtschaft Worpswede	18. 9. 2007	5
9	Gemeinde Schwanewede	20. 9. 2007	6
10	Landkreis	20. 9. 2007	10
11	Regionale Wirtschaft Ritterhude		
12	Regionale Wirtschaft Osterholz-Scharmbeck	24. 10. 2007	3
13	Regionale Wirtschaft Lilienthal	24. 10. 2007	6
14	Thema Handel	7. 11. 2007	1
15	Thema Landwirtschaft	7. 11. 2007	1
16	Thema Gesundheit	8. 11. 2007	3
17	Vertreter Bürgergesellschaft	8. 11. 2007	2
18	Thema Handwerk und Bauwirtschaft	12. 11. 2007	1
19	Vertreter Organisationen regionale Wirtschaft	12. 11. 2007	1
20	Vertreter Seniorenbeiräte	14. 11. 2007	4
21	Thema Wirtschaft und Tourismus	15. 11. 2007	3
22	Thema Mobilität	15. 11. 2007	3
23	Regionale Wirtschaft Schwanewede	21. 11. 2007	
Summe Teilnehmer und Teilnehmerinnen			(vorl. 62)

Anlage 2

Gesprächsleitfaden (Basisversion)

1. Eingangsfrage, Thematisieren der Situation

1.1. Wir haben Sie um ein Gespräch über den demographischen Wandel gebeten. Was haben Sie empfunden, als Sie von dieser Bitte erfahren haben?

„Endlich kann man mal über dieses wichtige Problem sprechen“ oder „Na gut, wenn die nichts Besseres zu tun haben“ oder „Mal sehen, was sie uns erzählen wollen“ oder „Das wird doch alles nur aufgebauscht“

1.2. Bitte stellen Sie uns jetzt dar, wie das Thema „Demographischer Wandel“ bei Ihnen in der Gemeinde behandelt wird.

Welche Aspekte, welche Sichtweisen stehen im Vordergrund?

Welche Aktionen oder Maßnahmen hat es möglicherweise schon gegeben?

Wer beteiligt sich an der Diskussion?

2. Bilder vom Altern, vom Leben im Alter

Der demografische Wandel, eine Gesellschaft des langen Lebens .. ist ein Problem .. auch eine Chance .. eine einzigartige Chance .. eine wichtige Voraussetzung zur Gestaltung des gesellschaftlichen Fortschritts

2.1. Wie sehen Sie die älter werdende Gesellschaft?

Die älter werdende Gesellschaft ist ein Problem

Vergreisung der Gesellschaft .. fehlender Nachwuchs, die Deutschen sterben aus .. finanzielle Herausforderungen, die nicht beherrschbar sind .. Benachteiligung der jüngeren Menschen .. drohender Kampf der Generationen .. es ist ein unangenehmes Thema, das eher Vorbehalte, Unsicherheiten und Ängste auslöst .. alt werden wollen viele, alt sein will keiner .. alt sind immer nur die anderen

Mit der älter werdenden Gesellschaft verbinden sich auch Chancen

Die älteren Menschen sind gesünder, vitaler, aktiver, besser ausgebildet .. ihre Kompetenzen sind wertvoll für die Gesellschaft .. sie verfügen über eine erhebliche Kaufkraft

Die älter werdende Gesellschaft ist eine einzigartige Chance

Eine Gesellschaft des langen Lebens hat die Evolution nicht vorgesehen .. vorherige Generationen würden uns um unsere Probleme beneiden .. viele von uns wären in vergangenen Zeiten längst gestorben .. sie ermöglicht ein aktives Altern und Leben im Alter

Eine älter werdende Gesellschaft ist eine zentrale Voraussetzung für Wohlstand, Lebensqualität und Innovation

Die Verlängerung des individuellen Lebens setzt Qualitäten voraus, die es früher nicht gegeben hat .. ein längeres Leben ist die Voraussetzung für Qualitätsentwicklungen .. eine kurze Lebenszeit und ein hohe Geburtenrate verhindern sozioökonomisches Wachstum

⇒ Falls Hypothese 4 nicht genannt wurden, nachfragen.

2.2. Inwieweit sind Sie persönlich mit dem Thema befasst?

Weil Sie sich Gedanken über die eigene Zukunft machen .. weil Sie Verantwortung übernommen haben für ältere Mitglieder in der Familie .. weil das Thema in den Familien, im Freundeskreis diskutiert wird

2.3. Wer sind aus Ihrer Sicht die älteren Menschen?

Eine eindeutig identifizierbare oder eine differenzierte Zielgruppe .. lässt sich das Altern und Leben im Alter auf ein bestimmtes Alter, auf eine spezifische Lebensphase reduzieren . 50 plus . 60 plus . 70 plus . 80 plus .. wie wird sich das Altersbild aus Ihrer Sicht weiterentwickeln

2.4. Wie sehen Sie persönlich die Möglichkeiten eines aktiven Alterns und Leben im Alter?

Welche Barrieren und Risiken sehen .. welche Chancen sehen Sie .. welche Wünsche haben Sie?

3. Altern und das Leben im Alter im Bewusstsein und Handeln der Bevölkerung

Problem oder Chance .. abwarten oder aktiv werden .. wie verhält sich die regionale Bevölkerung

Einschätzungen der derzeitigen Situation

3.1. Wie verhält sich aus Ihrer Sicht die regionale Bevölkerung zum Altern zum Leben im Alter?

Die Menschen sind uninteressiert .. sie verdrängen das Thema, kümmern sich erst, wenn Probleme akut sind .. sie sind verunsichert .. sie befinden sich auf der Suche .. sie sind gut informiert, wissen was sie wollen .. sie stellen sich rechtzeitig auf die Herausforderungen, auf die Chancen und Risiken ein, übernehmen Verantwortung für ein aktives Altern und Leben im Alter .. sehen das Älterwerden als Chance

3.2. Wo und wie können Menschen in Ihrer Gemeinde sich über die Themen informieren, die mit dem demographischen Wandel zusammenhängen?

3.3. Sind die älteren Menschen aus Ihrer Sicht ausreichend integriert?

In die Familien .. in Freundeskreise .. in Nachbarschaften .. in gesellschaftliche Zusammenhänge

3.4. Wie schätzen Sie die zukünftigen Selbststeuerungskräfte der Bevölkerung bei der Gestaltung des demografischen Wandels ein?

Individuell (Vorsorge ist fast alles, spätestens in der Lebensmitte werden die Weichen gestellt, wie man im Alter lebt) .. gesellschaftlich (die Menschen sind bereit sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen)

3.5. Gibt es aus ihrer Sicht motivierende und handlungsleitende Beispiele

Projekte .. Initiativen .. Einrichtungen .. Personen .. Ideen .. etc.

Einschätzungen der Perspektiven und Möglichkeiten

3.6. Wo sollten aus Ihrer Sicht Aktivitäten entfaltet werden, um die Selbststeuerungspotenziale zu stärken?

3.7. Welche Gestaltungschancen hat die öffentliche Hand, um die Demografiefähigkeit der Bevölkerung zu stärken?

4. Altern und das Leben im Alter im Bewusstsein und Handeln der regionalen Wirtschaft

Die Perspektiven der Wirtschaft .. Seniorenwirtschaft mit spezifischen Seniorenprodukten .. oder .. Universal Design, generationsübergreifende Lösungen

Einschätzungen der derzeitigen Situation

4.1. Können Sie uns einen kurzen Überblick über die Elemente der Wirtschaftsstruktur Ihrer Gemeinde geben, die für das Thema demographischer Wandel von Bedeutung ist?

4.2. Wie wichtig ist die älter werdende Bevölkerung für die regionale Wirtschaft?

Wie schätzen Sie die Kaufkraft der Zielgruppe 50 plus ein .. in welchem Umfang können die Unternehmen der Gemeinden, des Landkreises diese Kaufkraft binden?

4.3. Wie wichtig ist die regionale Wirtschaft bei der Gestaltung des demografischen Wandels, für eine langfristige Lebensqualität?

Welche Wirtschaftsbereiche sind dabei besonders wichtig .. sollte sich die Wirtschaft aus ihrer Sicht auf einen Seniorenmarkt, mit spezifischen Seniorenprodukten einstellen .. oder .. auf Produkte und Dienstleistungen, die einen altersübergreifenden Charakter haben?

4.4. Betrachten Sie die derzeitigen Produkte und Dienstleistungen als bedarfsgerecht?

Wie ist die Kundenansprache .. Präsentation der Kompetenzen .. Qualität von Information und Beratung (Lösungen statt Produkte) .. sind die Lösungen integrationsfähig, aufeinander abgestimmt .. sind sie einfach und selbsterklärend .. sind sie zukunftsicher (heute Komfort, morgen eine wichtige Voraussetzung für eine selbstständige Lebensführung) .. haben die Lösungen ein positives Image .. bietet das Angebotspektrum einer differenzierten Zielgruppe ausreichend Alternativen .. etc.?

4.5. Wie nehmen Sie die regionale Wirtschaft in Bezug auf den demografischen Wandel wahr?

Als desinteressiert .. als abwartend .. auf der Suche .. als aktiv, die Chancen ergreifend .. als informiert und sicher

4.6. Wie schätzen Sie die Selbststeuerungskräfte der Wirtschaft ein?

Die Fähigkeit die Chancen und Herausforderungen zeitnah und qualitativ aufzugreifen .. weiterzuentwickeln .. dauerhaft zu pflegen .. sich auf neue Herausforderungen einzustellen ?

4.7. Gibt es aus ihrer Sicht motivierende und handlungsleitende Beispiele ?

Projekte .. Unternehmen .. Personen .. Produkte .. Ideen .. etc.

Einschätzungen der Perspektiven und Möglichkeiten

4.8. Welche Aktivitäten sollten aus Ihrer Sicht entfaltet werden, um die Potenziale zu stärken?

4.9. Welche Gestaltungschancen hat die öffentliche Hand, die Demografiefähigkeit der regionalen Wirtschaft zu stärken?

5. Qualität der Wohnlösungen für ein aktives Altern und Leben im Alter

Wohnen im vertrauten Umfeld, bis es nicht mehr geht .. oder .. Spektrum der Möglichkeiten für eine differenzierte Gesellschaft

Einschätzungen der derzeitigen Situation

5.1. Können Sie uns einen kurzen Überblick über die Struktur des Wohnungsangebots Ihrer Gemeinde geben, soweit sie für das Thema demographischer Wandel von Bedeutung ist?

5.2. Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht die Qualität des Wohnangebotes für die Gestaltung eines Lebens im Alter?

5.3. Betrachten Sie das vorhandene Angebot als bedarfsgerecht und zukunftssicher?

Entstehen womöglich Problembereiche, z.B. in den Wohngebieten die ursprünglich für junge Familien konzipiert wurden ?

5.4. Welches sind aus Ihrer Sicht die zukünftigen Wohnformen?

Wohnen im Bestand, im bisherigen Umfeld .. neue Wohnangebote .. altersspezifische Wohnangebote

5.5. Leben im vertrauten Umfeld oder Bereitschaft zur Veränderung

Wie bewerten Sie den Widerspruch, das die Zielgruppe 50 plus im vertrauten Umfeld wohnen bleiben will, aber über 1/3 der Eigentümer von selbstgenutztem Wohnraum zwischen 50 und 75 noch einmal umziehen? (Quelle LBS)?

5.6. Welche Entwicklungschancen und Gestaltungsnotwendigkeiten sehen Sie ?

z.B. in Bezug auf Wohnungsmarkt, Baulandentwicklung und Infrastrukturplanung

5.7. Wie schätzen Sie die Selbststeuerungspotenziale des Wohnungsmarktes ein?

Wohnungswirtschaft .. Eigentümer von selbstgenutzten Wohnungen und Häusern .. Hersteller / Industrie .. objekt- und personenbezogene Dienstleistungen .. Finanzwirtschaft .. neue Wohnlösungen

5.8. Gibt es aus ihrer Sicht motivierende und handlungsleitende Beispiele ?

Wohnen im Bestand .. neue Wohnformen .. Unternehmen .. Personen .. Produkte .. Ideen .. etc.

Einschätzungen der Perspektiven und Möglichkeiten

5.9. Welche Aktivitäten sollten aus Ihrer Sicht entfaltet werden, um das regionale Wohnangebot zu stärken?

5.10. Welche Gestaltungschancen hat dabei die öffentliche Hand die Qualität der Wohnangebote weiter zu verbessern?

6. Demografiefähigkeit der Gemeinden und des Kreises

Gestaltungschancen bei angespannten öffentlichen Haushalten

Einschätzung der derzeitigen Situation

6.1. Welche Bedeutung hat der demografische Wandel im Handeln der Verwaltungen und der Politik?

Sichtweisen .. Beschlüsse .. Aktivitäten .. sektorales oder ressortübergreifendes Verwaltungshandeln .. Ziele

6.2. Welche Bedeutung haben ältere Menschen als Kunden für die öffentliche Hand?

6.3. Welche Bedeutung haben ältere Mitarbeiter für die öffentliche Hand

6.4. Welche Bedeutung hat die ältere Bevölkerung für den Haushalt des Landkreises und der Gemeinden?

Als Steuerzahler, als Anspruchsberechtigte für Leistungen

6.5. Wie sehen Sie die Qualität der öffentlichen Infrastrukturangebote

Orte der Begegnung und gesellschaftlichen Teilhabe .. Möglichkeiten der Mobilität ..

6.6. Wie sehen Sie die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden und des Landkreises im regionalen Wettbewerb um Einwohner und Unternehmen

Einschätzungen der Perspektiven und Möglichkeiten

Strategie: Referenzlandkreis Osterholz

6.7. Was halten Sie von folgendem Szenario

Der Landkreis OHZ und seine Gemeinden wollen eine **Referenzregion zur Gestaltung des demografischen Wandels werden** .. die Gesellschaft des langen Lebens ist herzlich willkommen

Landkreis, Gemeinden, Wirtschaft und Bevölkerung führen einen **aktiven Dialog** zur Gestaltung des demografischen Wandels und kooperieren dabei auf unterschiedlichen Ebenen, schaffen die Voraussetzungen für ein kontinuierliches Innovationsklima

Es ist das Ziel, den demografischen Wandel **als ein generationsübergreifendes Thema in die Mitte der Gesellschaft zu holen** .. im Zentrum der Betrachtung stehen Lösungen, die Selbststeuerungskräfte von Bevölkerung und Wirtschaft, die Förderung eines aktiven Alterns und Lebens im Alter .. entwickelt werden soll ein Spektrum der Möglichkeiten für eine differenzierte Gesellschaft

Der Landkreis entwickelt durch die Bündelung der Kräfte ein **eigenständiges und zukunftsfähiges Profil** in der Metropolregion Bremen - Niedersachsen

Im Landkreis werden **sukzessiv Kompetenzen aufgebaut**, marktgerecht Serviceleistungen entwickelt, **um diesen Prozess zu gestalten**